

# NEUE ZEIT

JANUAR 1980

3

**Abgeschrieben**

aus dem Bestand der Bibliothek

Datum



WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus  
— Hauptbibliothek —  
75 Cottbus, Berliner Str. 13/14  
Fernruf 24 305

## AFGHANISTAN: EINIGUNG DER NATIONALEN DEMOKRATISCHEN KRÄFTE



14759-3 123 678 190  
BIBLIOTHEK-BEZ  
7500-3308  
BELS-13-14





Das Russische  
Tanzensemble unter  
Leitung von Tamara  
Lukjanowa, Verdienter  
Künstlerin der RSFSR



„Brenne, olympisches Feuer, zünde die Flamme in den Herzen der Menschen an!“ — das wurde im Schlußkonzert des 16. Kunstfestivals Russischer Winter vorgetragen, das alljährlich in Moskau stattfindet.

Ein Violinschlüssel und die fünf olympischen Ringe sind das Symbol des diesjährigen Festivals. Neben bekannten Künstlern von Oper und Ballett sowie der leichten Muse wandten sich Sportler, Trainer und Sportkommentatoren an die Moskauer und die Gäste der Hauptstadt.

Das Festival Russischer Winter war sozusagen eine Generalprobe der sowjetischen Kunst für die bevorstehenden Olympischen Spiele.

Der Staatliche  
Akademische Russische  
Pjatnizki-Volkschor  
der RSFSR



Alexander Anissimow,  
Dirigent des Leningrader  
Akademischen Kleinen  
Opern- und Ballettheaters



A. Simenkov,  
Darsteller der  
Leningrader  
Music Hall, als  
Sportler, der das  
olympische  
Feuer trägt



Im Banne  
der Musik



Auslands-  
touristen bei  
einem Ausflug  
im Moskauer  
Kreml

Fotos: A. Knjasew,  
A. Mötsehatin,  
I. Sabadasch,  
N. Sklesnjow



## ENTSPANNUNGSPOLITIK HAT ALLE CHANCEN

Washington zeigt gegenwärtig, wie gefährlich die Handlungen der Kräfte sein können, denen die objektive Entwicklung — die Festigung der Positionen des Weltsozialismus, der Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung und die Konsolidierung der Kräfte von Entspannung und Frieden — wider den Strich geht. Aber die rückhaltlosen Maßnahmen der USA-Administration, denen nur die Entspannungsgegner Beifall spenden, haben auch etwas anderes vor Augen geführt: Die Weltgemeinschaft, darunter viele Bündnispartner der USA, sind gar nicht gewillt, den mit so großen Anstrengungen gebahnten Weg der Entspannung gegen den mit Konfrontationsminen gespickten Pfad des kalten Krieges einzutauschen.

Die Extremisten haben nicht die erwartete Unterstützung erhalten. Ein Kreuzzug wurde angesagt, aber die internationalen Heerscharen unter den Stars and Strips erwiesen sich als recht kläglich. Das wäre die Gelegenheit gewesen, still und leise den Feldzug abzublasen und die Flaggen einzuziehen. Aber die Kalten Krieger wollen nicht auf die Stimme der Vernunft, auf Ratschläge und Warnungen hören, und kämen sie auch aus dem eigenen Lager. Sie reden der USA-Öffentlichkeit ein, die Entwicklung in Afghanistan habe „eine unmittelbare Gefahr für die Sicherheit der USA“ geschaffen, und wollen die Weltöffentlichkeit glauben machen, es handle sich heute „um die größte Gefahr für den Frieden seit dem zweiten Weltkrieg“.

Wozu hatte der USA-Präsident solche gelinde gesagt Übertreibungen nötig? Um die Wende oder — wir wollen uns mit dem endgültigen Urteil nicht überstürzen — die Umorientierung der USA-Außenpolitik auf einen härteren Kurs gegenüber dem Weltsozialismus und der dritten Welt zu rechtfertigen, auch um die Schuld für die gegenwärtige Zuspitzung der Weltlage mit all den schweren Folgen, die sich daraus ergeben könnten, der UdSSR in die Schuhe zu schieben, die, wie der Sicherheitsberater des USA-Präsidenten behauptet, „der Entspannung einen empfindlichen Schlag“ versetzt

habe. Z. Brzezinski spricht auch von einem afghanischen „Wendepunkt“ in der Entspannungspolitik, die Washington retten wolle.

Dabei sind die heutigen Aktivitäten Washingtons nicht ein Stegreifspiel zeitlich „nach Afghanistan“. Alles begann viel früher und wurde von langer Hand vorbereitet. Sieben Jahre lang zögerten die USA den Abschluß von SALT II hinaus, und sobald sie den Vertrag in Wien unterzeichnet hatten, warfen sie ihn praktisch ihren „Falken“ vor. Das ist jetzt durch den Beschluß des USA-Präsidenten dokumentiert, die Ratifizierung aufzuschieben. Washington stoppte die Verhandlungen mit der UdSSR über eine Einschränkung der militärischen Aktivitäten im Indischen Ozean (wo gegenwärtig ostentativ die „Kanonenbootdiplomatie“ betrieben wird) und über die Einschränkung des Verkaufs konventioneller Waffen (damit den USA nichts mehr im Wege steht, wenn sie ihre Kreaturen im Nahen Osten, in Afrika, Asien und Lateinamerika und später möglicherweise auch noch China beliefern). Unter dem Druck Washingtons sabotieren die NATO-Länder seit mehr als sechs Jahren eine Übereinkunft bei den Wiener Abrüstungsgesprächen und lehnten es auf dem Belgrader Treffen 1977/78 ab, Probleme der militärischen Entspannung zu erörtern, denn sie wollten sich den Weg offenlassen, um 1978 das Programm einer Aufrüstung der NATO mit konventionellen Waffen bis zum Ende des 20. Jahrhunderts und 1979 das Kernraketenprogramm anzunehmen. Schon seit Jahren liebäugeln die USA und andere führende NATO-Länder mit Peking, die westliche Presse spricht schon von einem „Bündnis des Adlers mit dem Drachen“ und selbst von einer „Waffenbrüderschaft“. So oder ähnlich wird die Entspannung in den letzten Jahren mit Methode untergraben.

Niemand darf jedoch glauben, daß es sich ohne weiteres machen läßt. Das Gebäude der Entspannung ist noch nicht in seiner ganzen Höhe aufgeführt, hat aber schon ein festes Fundament. Wer es auf seine Festigkeit prüfen will, wird in Erwägung ziehen müssen, daß die Menschheit kein anderes, besseres und festeres, vor allem aber kein notwendigeres Heim hat als eben dieses. Nur in seinen Mauern kann sie im Zeitalter der Kernraketen überleben und letztlich Endes im gemeinsamen Haus eine Ordnung einführen, die jedem politischen Unwetter standhält.

In seinen Antworten auf Fragen der „Prawda“ erklärte Leonid Breshnew: „Wir wissen, daß der Wille der Völker jener positiven Richtung in den Angelegenheiten der Welt, die umfassend in dem Wort Entspannung zum Ausdruck kommt, über alle Hindernisse hinweg den Weg gebahnt hat. Diese Politik hat tiefreichende Wurzeln. Sie wird von mächtigen Kräften unterstützt, und diese Politik hat alle Chancen, die herrschende Tendenz in den Beziehungen zwischen den Staaten zu bleiben.“



# NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 3 JANUAR 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Entspannungspolitik hat alle Chancen . . . . .	1
Antworten L. I. Breshnews auf Fragen eines „Prawda“-Korrespondenten . . . . .	5
Kommunisten solidarisch mit der afghanischen Revolution . . . . .	8
J. Jefimow — Zum 34. Jahrestag der Proklamierung Albaniens zur Volksrepublik . . . . .	10
L. Medwedko — Von Verleumdung zu Drohung . . . . .	11
V. Sidenko — Rhodesien. An der äußersten Grenze . . . . .	13
A. Uswatow — Ein Treffen „teurer Freunde“ . . . . .	15
Notizen ♦ Glossen . . . . .	16
I. Iwkow — Südostasien. Hegemonistenkomplott . . . . .	18
T. Timofejew — Lenins Erbe aktuell . . . . .	20
J. Gudkow — USA—VR China. „Übereinstimmungen“ und „Parallelen“ . . . . .	22
L. Makarewitsch — Italien. Operation „Faust“ geht weiter . . . . .	24
W. Drobkow — Griechenland. In breiteres Fahrwasser . . . . .	26
M. Tschernoussow — Damals in Teheran (Aus jüngster Vergangenheit) . . . . .	27
Diskussion mit dem Leser . . . . .	31
PS . . . . .	32



Die Führung Afghanistans sieht in der Einheit der patriotisch gesinnten demokratischen Kräfte des Landes die Gewähr für die erfolgreiche Entwicklung der Aprilrevolution

Foto: TASS

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Ploščadʹ

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Am 13. Januar veröffentlichte die „Prawda“ die Antworten Leonid Breshnews auf die Fragen ihres Korrespondenten (siehe S. 5).

Bei den Gesprächen zwischen einer Delegation der KPdSU unter Leonid Breshnew und einer Delegation der FKP unter Georges Marchais vom 8. bis 10. Januar in Moskau fand ein breiter und fruchtbarer Meinungsaustausch zu den wichtigsten Fragen der internationalen Lage und der Beziehungen zwischen beiden Ländern statt. Ferner wurde der Ausbau der Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien behandelt. Im Gemeinsamen Kommuniké wurde eine Analyse der heutigen Etappe der Weltentwicklung, des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, gegeben. Beide Parteien bekräftigten ihr Streben nach weiterer Zusammenarbeit.

Am 14. Januar wurde die neue Regierung Indiens, die Indira Gandhi, Vorsitzende des Indischen Nationalkongresses (I), gebildet hat, vereidigt, nachdem diese Partei etwa zwei Drittel der Sitze im Unterhaus (351 von 544 Mandaten) errungen hatte. Leonid Breshnew und Alexej Kossygin richteten an Indira Gandhi Glückwünsche: „Gern erinnern wir uns an unsere Begegnungen und Gespräche in Moskau und Neu-Delhi und bekunden die feste Überzeugung, daß die freundschaftlichen Beziehungen und die allseitige Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern, die auf dem Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit basieren, eine weitere Entwicklung für die Grundinteressen unserer Völker, von Frieden und Fortschritt in Asien und in der ganzen Welt erhalten werden.“ In ihrer ersten Rundfunk- und Fernsehansprache als Regierungschefin erklärte Indira Gandhi: Vor uns steht das Hauptziel — der Aufbau eines starken, selbstbewußten, sich auf die eigenen Kräfte stützenden und unabhängigen Indiens.

Am 11. Januar empfing Nikolai Tichonow, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und erster Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR, im Kreml Berthold Beitz, Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Fried. Krupp GmbH, sowie Hellmut Buddenberg, Vorstandsvorsitzenden der Deutschen BP, und Walter Kirsten, Vorstandsvorsitzenden der Gelsenberg AG. Aktuelle Fragen der sich erfolgreich entwickelnden wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der BRD wurden berührt. Konkrete Pro-





Leonid Brezhnev und Georges Marchais vor Beginn der Gespräche zwischen Delegationen der KPdSU und der FKP.

Foto: W. Mussaeljan (TASS)

jekte und Richtungen der Zusammenarbeit im Bereich der Energiewirtschaft auf lange Sicht wurden erörtert.

Am 14. Januar traf Emil Wojtaszek, Mitglied des ZK der PVAP und Außenminister der VR Polen, auf Einladung der Sowjetregierung zu einem Besuch in Moskau ein.

In Kabul fand unter Vorsitz von Babrak Karmal, Generalsekretär des ZK der Demokratischen Volkspartei Afghanistans, ein Plenum des ZK der Partei statt. Nach seinem Abschluß wurde die Zusammensetzung der Führungsorgane der Partei, des Revolutionsrates und der Regierung bekanntgegeben. Auf dem Plenum wurde betont, daß bei der Bildung des Revolutionsrates, der Regierung und der Regierungsorgane das Prinzip der Repräsentativität aller Glieder der im Aufbau befindlichen Nationalen Front beachtet werden muß.

Am 8. Januar ging der XXIV. Parteitag der KP Kanadas zu Ende. Der Parteitag billigte einstimmig eine Reihe von Dokumenten, darunter die politische Hauptresolution über die Aufgaben der Partei und die Sonderresolution „Die Sowjetunion — Bastion des Friedens in aller Welt“. Das ZK wurde gewählt und Generalsekretär William Kashtan in seinem Amt bestätigt.

In Sofia trafen der Erste Sekretär des ZK der BKP, Todor Shiwkow, und der Generalsekretär, der KP Spaniens, Santiago Carrillo, zusammen.

Vom 7. bis 9. Januar weilte DDR-Außenminister Oskar Fischer zu einem offiziellen Besuch in Wien. Er führte Gespräche mit dem österreichischen Außenminister Willibald Pahr, wurde von Bundespräsident Rudolf Kirchschläger und Bundeskanzler Bruno Kreisky empfangen.

Am 10. Januar gab Indira Gandhi dem Rundfunksender „France-Inter“ ein Interview. Sie erklärte, daß die chinesisch-amerikanische Allianz „eine große Gefahr für Indien und für die gesamte Region darstellen wird. Besonders beunruhigt uns das Angebot Präsident Carters, Pakistan Waffen zu verkaufen“, sagte Indira Gandhi. „Können doch diese Waffen sowohl gegen Afghanistan als auch gegen uns wie gegen das pakistanische Volk selbst eingesetzt werden... China ist gleichfalls eine Bedrohung für uns. Es hat durchaus expansionistische Ambitionen. Wir haben darunter bereits gelitten.“ Indira Gandhi sagte ferner, sie werde die Frage einer Anerkennung der Regierung der VR Kampuchea dem Parlament vorlegen.

Vom 9. bis 11. Januar fand in Moskau ein sowjetisch-amerikanisches Frauen-

treffen statt. An ihm nahmen Delegationen des Komitees der Sowjetfrauen und der nationalen amerikanischen Organisation der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit teil. In einer gemeinsamen Erklärung wurden die Friedensinitiativen des Sowjetstaates und alle anderen Initiativen zur Verhinderung eines Atomkrieges gebilligt.

Der Sicherheitsrat erörterte die Forderung der USA, Wirtschaftssanktionen gegen den Iran zu verhängen, weil US-Diplomaten weiterhin von iranischen Studenten festgehalten werden. Der von der amerikanischen Delegation vorgelegte Resolutionsentwurf wurde nicht angenommen: Gegen ihn sprach sich die Sowjetunion als ständiges Mitglied des Sicherheitsrats aus.

Vom 4. bis 7. Januar fand im UNO-Sicherheitsrat die Debatte über die von den USA aufgedrängte „afghanische Frage“ statt. Der Außenminister Afghanistans, Shah Mohammad Dost, erklärte, daß die vorgelegte Resolution eine direkte Einmischung in die Angelegenheiten Afghanistans darstellt. Ihr Entwurf wurde nicht angenommen, da die Sowjetunion dagegen stimmte. Vom 10. bis 15. Januar tagte die UNO-Vollversammlung. Die besagte, ihr von den USA, China und deren Verbündeten aufgezwungene künstlich geschaffene „afghanische Frage“ wurde erörtert. Nicht alle Delegationen vermochten es, sich die nötige Klarheit über das Wesen der jüngsten Vorgänge in und um Afghanistan zu verschaffen. Infolgedessen gelang es den Initiatoren der antiafghanischen Kampagne in der UNO, eine Resolution durchzupeitschen, die faktisch darauf gerichtet ist, die Sicherheit des afghanischen Staates zu untergraben, und die eine offenkundige Einmischung in die Angelegenheiten eines souveränen UNO-Mitgliedstaates darstellt. Diese Resolution ist nicht verbindlich, sondern hat nur den Charakter einer Empfehlung.

Am 10. und 11. Januar fand in Beira (Moçambique) ein Gipfeltreffen der Frontstaaten statt. Die Staats- und Regierungschefs Angolas, Botswanas, Sambias, Moçambiques und Tansanias sowie Vertreter der Befreiungskräfte von Simbabwe erörterten die derzeitige Lage in Rhodesien (siehe S. 13).

Am 13. Januar wurde in New York eine Bombe in die Aeroflot-Vertretung geworfen. Vier Passanten wurden dabei leicht verletzt. Nur dem Zufall ist es zu verdanken, daß in diesem Augenblick keine Aeroflot-Mitarbeiter in der Ver-



tretung waren. Die Explosion verursachte große Zerstörungen. Das neue Verbrechen der faschistoiden Terrororganisationen „Liga zum Schutz der Juden“ und „Omega-7“ waren Ergebnis der direkten Anstiftung dieser und anderer Extremistengruppen durch die US-Behörden.

Der Iran richtete an Panama offiziell die Forderung, den gestürzten Schah unter der Beschuldigung des Massenmordes, der Folterungen und der Aneignung von Staatsgeldern zu verhaften und ihn an den Iran auszuliefern.

Der Präsident Panamas, Aristides Royo, richtete an US-Präsident James Carter einen Brief, in dem es heißt, daß die USA die Panamakanalverträge verletzen. Besonders sind die Panamaer über ein von Washington verabschiedetes Gesetz empört, das dem US-Präsidenten ermöglicht, den Kanal militärischer Kontrolle zu unterstellen, falls dessen „Sicherheit bedroht ist“.

Vom 5. bis 12. Januar weilte US-Verteidigungsminister Harold Brown zu einem offiziellen Besuch in China. Am 13. und 14. Januar hielt er sich in Tokio auf (siehe S. 22).

In Großbritannien dauert der Generalstreik von mehr als 100 000 Arbeitern der Stahlindustrie an. Viele Organisationen der Arbeiterklasse unterstützen die Hüttenarbeiter, Hafenarbeiter, Eisenbahner und Fernfahrer weigerten sich, importierten Stahl auszuladen und zu transportieren. Aus vielen Teilen des Landes wird gemeldet, daß die Polizei brutal gegen Streikposten vorgeht.



Streikposten vor dem Sitz der British Steel Corporation in Port Talbot

Foto: UPI-TASS

Am 7. und 8. Januar stattete BRD-Bundeskanzler Helmut Schmidt Spanien einen offiziellen zweitägigen Besuch ab. Er wurde von König Juan Carlos empfangen und führte Gespräche mit Mi-

nisterpräsident Adolfo Suárez. Das im Herbst d. J. bevorstehende KSZE-Nachfolge treffen in Madrid sowie die Aussichten für einen Beitritt Spaniens zur NATO und zur EG wurden erörtert. Am 9. Januar traf Helmut Schmidt in Paris ein und kam mit Valéry Giscard d'Estaing zusammen.



„Nein zu den Vernichtungswaffen!“, „Nein zum Wetrüsten!“ — das verlangten die Teilnehmer einer Massendemonstration in Brüssel gegen die Stationierung neuer US-Atomraketen in Westeuropa. An der Demonstration nahmen auch Friedensanhänger aus den Nachbarländern teil.

Foto: ADN-TASS

Am 9. Januar brach der britische Außenminister Lord Carrington zu einer Reise auf, in deren Verlauf er die Türkei, Oman, Saudi-Arabien und Pakistan besuchte. Ferner will er Indien einen Besuch abstatten. Der türkischen Zeitung „Cumhuriyet“ zufolge wird mit der Reise das Ziel verfolgt, im Nahen und Mittleren Osten ein „neues Kräfteverhältnis zugunsten des Westens“ zu schaffen.

In Ankara fanden Gespräche zwischen Delegationen der USA und der Türkei über Zusammenarbeit bei der „gemeinsamen Verteidigung“ statt. Ein Abkommen wurde paraphiert, dem zufolge Washington 26 Militärstützpunkte auf türkischem Territorium benutzen darf.

Vom 7. bis 10. Januar fand in Assuan eine weitere Runde der ägyptisch-israelischen Separatgespräche zwischen Präsident Sadat und Ministerpräsident Begin statt (siehe S. 15).

In Kabul geht die Voruntersuchung im Fall des Mordes an Nur Mohammad Taraki, Generalsekretär des ZK der Demokratischen Volkspartei und Vorsitzender des Revolutionsrates Afghanistans, ihrem Ende entgegen.

In Südkorea hielten die US-Truppen nahe der Waffenstillstandslinie Großmanöver ab.

NZ

POST

Hinsichtlich des Lärms bei uns und in anderen westlichen Ländern wegen einer „sowjetischen Bedrohung“ möchte ich darauf hinweisen, daß die USA-Führung, was ihre eigene Militärpräsenz in den verschiedensten Teilen der Welt anbetrifft, keineswegs „empfindlich“ ist. Und dabei gibt es Hunderte amerikanische Militärstützpunkte auf fast allen Kontinenten. Ein flüchtiger Blick auf ihre Standortverteilung läßt erkennen, daß die sozialistische Welt buchstäblich eingekreist ist. Das aber gilt als „normal“ und „harmlos“. Antisowjetismus und Antikommunismus setzten die Nazis als ihre Hauptwaffe ein, bevor sie den zweiten Weltkrieg anzettelten. Die US-Regierungskreise aber sollten eigentlich wissen, daß ihr antisowjetisches Abenteuer ein gefährliches Unternehmen ist, besonders in unserem Atomzeitalter.

B. SABRIN  
New York

Das Volk Kampuchéas baut ein normales Leben im Lande auf. Die Reste der geschlagenen Truppen der Pol-Pot Ieng-Sary-Clique werden von Soldaten der revolutionären Streitkräfte unschädlich gemacht. Was die Präsenz vietnamesischer Truppenteile in Kampuchea anbetrifft, so steht es in vollem Einklang mit dem Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern. Wir Vietnamesen wissen genau, wie notwendig das ist, da unser Land von den Peking-Hegemonisten stets bedroht ist. Wir wollen uns natürlich nicht in die Angelegenheiten Kampuchéas einmischen, aber wir bekräftigen unsere Entschlossenheit, beliebige Aggressionspläne in Indochina zu durchkreuzen, weil „nichts teurer als Unabhängigkeit und Freiheit ist“, wie Ho Chi Minh sagte.

Nguyen KHIEU  
Hoang Loc, Vietnam

Sie sollten mehr für und über die Jugend berichten, die noch ungenügende Lebenserfahrungen besitzt und keinen großen politischen Überblick hat. Vielleicht sollten Sie eine Rubrik führen, in der Sie über Probleme der Jugend im Ausland berichten.

N. PETROW  
Ussurijsk, Region Primorje



# ANTWORTEN L. I. BRESHNEWS AUF FRAGEN EINES „PRAWDA“-KORRESPONDENTEN

**Frage:** Leonid Iljitsch, wie schätzen Sie die jetzige internationale Lage ein, besonders angesichts der jüngsten Schritte der amerikanischen Regierung?

**Antwort:** Der konsequente und schöpferische Kurs unserer Partei auf Frieden, Entspannung und Abrüstung sowie auf die Verwirklichung des vom XXIV. und vom XXV. Parteitag der KPdSU aufgestellten Friedensprogramms hat es ermöglicht, viel zu erreichen. Wenn man es im weiten Sinne betrachtet, dann ist das Wichtigste, was getan werden konnte, die Durchbrechung des tragischen Zyklus Weltkrieg — kurze Friedenspause — wieder Weltkrieg. Auf dieses historische Ergebnis können wir, die sowjetischen Menschen, unsere Freunde, die Völker der sozialistischen Bruderländer, sowie alle, die für Frieden, Entspannung und friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung gekämpft haben und weiterhin kämpfen, mit Recht stolz sein.

Doch an der Wende zu den achtziger Jahren ist die internationale Lage leider merklich komplizierter geworden. Und die Völker müssen die Wahrheit kennen, müssen wissen, wer dafür verantwortlich ist. Ich antworte ohne Umschweife — die Schuld trifft die imperialistischen Kräfte und vor allem gewisse Kreise in den USA. Sie liegt bei jenen, die in der Entspannung ein Hindernis für ihre aggressiven Pläne, für das Entfachen einer militaristischen Psychose und für eine Einnischung in die inneren Angelegenheiten anderer Völker sehen. Sie liegt bei jenen, die sich angewöhnt haben, mit anderen Staaten skrupellos umzugehen und in der Weltpolitik so agieren, als sei ihnen alles erlaubt.

Schon geraume Zeit ist deutlich erkennbar, daß die führenden Kreise der USA und einiger anderer NATO-Länder einen entspannungsfeindlichen Kurs eingeschlagen haben, einen Kurs auf Anheizen des Wettrüstens, der die Kriegsgefahr vergrößert. Der Anfang dazu wurde bereits 1978 auf der Mai-Tagung des NATO-Rates in Washington gemacht, auf der die automatische Erhöhung der Militärbudgets der NATO-Mitgliedsländer bis Ende des 20. Jahrhunderts bekräftigt wurde. Die militaristischen Tendenzen in der USA-Politik kommen in letzter Zeit auch in der Forcierung neuer langfristiger Rüstungsprogramme, in der

Errichtung neuer Militärstützpunkte weit außerhalb der Grenzen der Vereinigten Staaten, unter anderem im Nahen Osten und im Raum des Indischen Ozeans, sowie in der Bildung der sogenannten schnellen Eingreiftruppe — dieses Werkzeugs einer Politik der militärischen Einnischung — zum Ausdruck.

Nehmen Sie ein solch wichtiges Dokument, wie den SALT-II-Vertrag. Seine Verwirklichung würde den Weg zu großen Schritten auf dem Gebiet der Abrüstung bahnen. Dieser Vertrag wurde bekanntlich in der ganzen Welt unterstützt, unter anderem von den NATO-Bündnispartnern der USA und in breiten Kreisen der internationalen Öffentlichkeit. Wie ist die Administration J. Carters damit verfahren? Kaum war der Vertrag unterzeichnet, da begann man in den USA ihn zu diskreditieren, und der Prozeß der Ratifizierung wurde von den Gegnern des Vertrages — nicht ohne Duldung der Regierungskreise der USA — im Grunde genommen dazu ausgenutzt, seine Ratifizierung bis zum äußersten zu erschweren. Mit seinem in diesen Tagen gefaßten Beschluß, die Lesungen des SALT-II-Vertrages im Senat auf unbestimmte Zeit einzufrieren, fügte Präsident Carter diesem verwerflichen Vorgang einen weiteren charakteristischen Zug hinzu.

Gerade die Vereinigten Staaten haben im Dezember 1979 ihren NATO-Bündnispartnern den Beschluß aufgezwungen, neue Raketenkernwaffen mittlerer Reichweite in einigen westeuropäischen Ländern zu stationieren, was zu einer neuen Spirale des Wettrüstens führt. Dabei verbot Washington jenen Verbündeten buchstäblich den Mund, die zu einem positiven Echo auf die konstruktiven Vorschläge der Sowjetunion zu Verhandlungen über diese Frage neigten.

Heute versuchen die Gegner des Friedens und der Entspannung auf die Ereignisse in Afghanistan zu spekulieren. Um diese Ereignisse herum türmt man Berge von Lügen, wird eine unverschämte antisowjetische Kampagne entfaltet. Was ist in Afghanistan tatsächlich vor sich gegangen?

Im April 1978 vollzog sich dort eine Revolution. Das afghanische Volk nahm das Schicksal in die eigenen Hände und beschriftete den Weg der Unabhängigkeit und der Freiheit. Wie stets in der Geschichte, zogen die Kräfte der Vergangenheit gegen die Revolution zu Felde.

Natürlich wäre das Volk von Afghanistan selbst mit ihnen fertig geworden. Doch von den ersten Tagen der Revolution an wurde es mit einer äußeren Aggression, mit einer groben Einnischung von außen in seine inneren Angelegenheiten konfrontiert.

Tausende und aber Tausende Aufführer, die im Ausland bewaffnet und ausgebildet wurden, ganze bewaffnete Formationen wurden auf das Territorium Afghanistans geworfen. Der Imperialismus begann gemeinsam mit seinen Komplizen im Grunde genommen einen nicht erklärten Krieg gegen das revolutionäre Afghanistan.

Afghanistan forderte nachdrücklich, die Aggression einzustellen und es in Ruhe ein neues Leben aufbauen zu lassen. Bei der Abwehr der äußeren Aggression hat sich die afghanische Führung noch unter Präsident Taraki und dann auch später wiederholt an die Sowjetunion um Hilfe gewandt. Wir unsererseits warnten diejenigen, die es betraf, daß wir, wenn die Aggression nicht eingestellt wird, das afghanische Volk nicht im Stich lassen werden. Und bei uns stimmten bekanntlich die Worte mit den Taten überein.

Den Aktionen der Aggressoren gegen Afghanistan hat Amin Vorschub geleistet, der nach seiner Machtergreifung grausame Repressalien gegen breite Schichten der afghanischen Gesellschaft ergriff, gegen Partei- und Militärführer, gegen Vertreter der Intelligenz und der muslimanischen Geistlichkeit, also gerade gegen jene Schichten, auf die sich die Aprilrevolution stützte. So erhob sich das Volk unter der Führung der Demokratischen Volkspartei mit Babrak Karmal an der Spitze gegen diese Amin-Tyrannie und setzte ihr ein Ende. Heute weint man in Washington und einigen anderen Hauptstädten Amin nach. Dies entlarvt besonders eindrucksvoll ihre Heuchelei. Wo waren denn die Wehklagenden, als er Taraki, den Begründer des neuen afghanischen Staates, gewaltlos beseitigte und ihn gegen Recht und Gesetz physisch vernichtete?

Die anhaltende bewaffnete Intervention und die weitgediehene Verschwörung äußerer Kräfte der Reaktion haben die reale Gefahr geschaffen, daß Afghanistan seine Unabhängigkeit verliert und in einen imperialistischen militärischen Brückenkopf an der südlichen Grenze unseres Landes umgewandelt wird. Mit



anderen Worten, es kam der Augenblick, da wir nicht mehr umhin konnten, der Bitte der uns befreundeten Regierung Afghanistans nachzukommen. Hätten wir anders gehandelt, so hieße das, Afghanistan vom Imperialismus in Stücke reißen zu lassen und den aggressiven Kräften zu gestatten, dort das zu wiederholen, was ihnen zum Beispiel in Chile gelang, wo die Freiheit des Volkes im Blut ertränkt worden ist. Hätten wir anders gehandelt, so hieße das, passiv zuzuschauen, wie an unserer südlichen Grenze der Herd einer ersten Bedrohung der Sicherheit des sowjetischen Staates entsteht.

Als sich Afghanistan an uns wandte, stützte es sich auf die eindeutigen Artikel des Vertrages über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit, der zwischen Afghanistan und der UdSSR im Dezember 1978 abgeschlossen wurde. Es stützte sich auf das in Übereinstimmung mit der UNO-Charta stehende Recht eines jeden Staates auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung, ein Recht, das mehrmals andere Staaten für sich in Anspruch genommen haben.

Uns fiel die Entscheidung, sowjetische militärische Kontingente nach Afghanistan zu entsenden, nicht leicht. Aber das ZK der Partei und die sowjetische Regierung handelten im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung, sie berücksichtigten dabei alle Umstände. Die einzige Aufgabe, die vor den sowjetischen Kontingenten steht, ist die Unterstützung der Afghanen bei der Abwehr der von außen kommenden Aggression. Diese Kontingente werden aus Afghanistan vollständig abgezogen, sobald die Gründe entfallen, die die afghanische Führung dazu bewogen haben, um ihr Eingreifen zu bitten.

Die imperialistische sowie auch die Pekinger Propaganda verfälschten bewußt und schamlos die Rolle der Sowjetunion in den afghanischen Angelegenheiten.

Selbstverständlich hat es keinerlei sowjetische „Intervention“ oder „Aggression“ gegeben und gibt es auch keine. Es gibt etwas anderes: Wir helfen dem neuen Afghanistan auf Bitten seiner Regierung, die nationale Unabhängigkeit, die Freiheit und die Ehre seines Landes gegen bewaffnete aggressive Handlungen von außen zu verteidigen.

Ferner werden die nationalen Interessen oder die Sicherheit der Vereinigten Staaten von Amerika und anderer Länder durch die Ereignisse in Afghanistan in keiner Weise berührt. Alle Versuche, die Sache anders darzustellen, sind absurd. Sie werden in böser Absicht unternommen mit dem Ziel, die Verwirklichung der eigenen imperialistischen Pläne zu erleichtern.

Absolut verlogen sind auch Behauptungen, daß die Sowjetunion gegenüber

Pakistan, Iran oder anderen Ländern dieses Raums irgendwelche expansionistischen Pläne hege. Uns ist die Politik und die Psychologie der Kolonialherren fremd. Wir blicken nicht gierig auf andere Länder und sind nicht versessen auf fremden Reichtum. Es ist der Geruch des Erdöls, der die Kolonialherren anzieht.

Geradezu pharisäerhaft wirken die Versuche, von einer „sowjetischen Bedrohung des Friedens“ zu schwätzen und als Wächter der internationalen Moral aufzutreten, und das von seiten derer, auf deren Konto der „schmutzige Krieg“ gegen Vietnam steht, die nicht einmal mit dem Finger zuckten, als die chinesischen Aggressoren mit Waffengewalt in das sozialistische Vietnam einfielen, die seit Jahrzehnten auf dem Boden Kubas gegen den Willen seines Volkes und seiner Regierung einen Militärstützpunkt unterhalten, die mit den Waffen klirren, mit Blockade drohen und offenen militärischen Druck auf das revolutionäre iranische Volk ausüben, indem sie zu den Küsten Irans eine Flotte entsenden, die mit Atomwaffen ausgerüstet ist und zu der ein bedeutender Teil der Flugzeugträger der USA gehört.

Und das Letzte, was man in diesem Zusammenhang sagen muß: Eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans gibt es tatsächlich, wobei auch eine so hohe und geachtete Institution wie die Organisation der Vereinten Nationen benutzt wird. In der Tat war denn die Erörterung der sogenannten afghanischen Frage in der UNO entgegen den Einwänden der Regierung Afghanistans etwas anderes als eine grobe Verletzung der souveränen Rechte des afghanischen Staates?

Die afghanische Regierung und ihr verantwortlicher Vertreter in der UNO erklären doch vor aller Welt: Laßt uns in Ruhe, die sowjetischen Militärkontingente sind auf unsere Bitte hin, in Übereinstimmung mit dem sowjetisch-afghanischen Vertrag und dem Artikel 51 der UN-Charta entsandt worden.

Übrigens wird unter dem Deckmantel des Propagandalärms die Hilfe für jene Elemente verstärkt, die in Afghanistan eindringen und aggressive Akte gegen die legitime Macht verüben. Das Weiße Haus hat vor kurzem offen den Beschluß verkündet, die Belieferung dieser Elemente mit militärischen Ausrüstungen und mit allem für ihre feindselige Tätigkeit Erforderlichen zu verstärken. Die westliche Presse berichtet, daß der USA-Verteidigungsminister während der Verhandlungen in Peking mit der chinesischen Führung Absprachen über die Koordinierung dieser Aktionen getroffen hat.

Abschließend muß man zum afghanischen Thema sagen, daß die feindselige Reaktion der imperialistischen Kräfte auf die Ereignisse in Afghanistan nicht

überraschend kommt. Es geht darum, daß hier die Karte gestochen worden ist, auf die die Imperialisten und deren Helfershelfer gesetzt hatten.

Kurz gesagt, die Ereignisse in Afghanistan sind nicht die wahre Ursache für die gegenwärtige Komplizierung der internationalen Situation. Gäbe es nicht Afghanistan, so hätten gewisse Kreise in den USA und der NATO sicherlich einen anderen Vorwand gefunden, um die Situation in der Welt zuzuspitzen.

Schließlich, die Summe der Schritte der amerikanischen Regierung im Zusammenhang mit den Ereignissen in Afghanistan — das Einfrieren des SALT-II-Vertrages, die Ablehnung der Lieferung einer ganzen Reihe von Waren, darunter von Getreide, in die UdSSR, über die bereits Verträge abgeschlossen worden sind, die Einstellung der Verhandlungen mit der Sowjetunion über eine Reihe von Fragen der bilateralen Beziehungen usw. — zeugt davon, daß Washington erneut wie vor Jahrzehnten versucht, mit uns in der Sprache des „kalten Krieges“ zu reden. Dabei demonstriert die Carter-Administration die Mißachtung zwischenstaatlicher Dokumente, verletzt sie die bestehenden Beziehungen auf den Gebieten von Wissenschaft, Kultur und menschlicher Kommunikation.

Es fällt schwer, auch nur aufzuzählen, wieviel Verträge, zwischenstaatliche Abkommen, Vereinbarungen und Akte der gegenseitigen Verständigung, die zwischen unseren beiden Ländern in Fragen der gegenseitigen Beziehungen auf verschiedenen Gebieten erzielt wurden, in jüngster Zeit von der Regierung von Präsident Carters willkürlich und einseitig verletzt worden sind. Wir werden natürlich auch ohne diese oder jene Verbindungen zu den Vereinigten Staaten auskommen — und überhaupt haben wir uns niemals mit diesen Verbindungen aufgedrängt, da wir sie als für beide Seiten vorteilhaft und im beiderseitigen Interesse der Völker unserer Länder liegend betrachten — vor allem im Sinne der Festigung des Friedens.

Die selbstherrliche Anmaßung Washingtons, sich das „Recht“ vorzubehalten, unabhängige souveräne Staaten zu „belohnen“ oder zu „bestrafen“, wirft eine prinzipielle Frage auf. Mit derartigen Handlungen versetzt die USA-Regierung faktisch dem ganzen geregelten völkerrechtlichen System der zwischenstaatlichen Beziehungen einen Schlag.

Als Folge dieser Handlungsweise der Carter-Administration greift in der Welt immer deutlicher die Auffassung um sich, daß die Vereinigten Staaten ein völlig unzuverlässiger Partner in den zwischenstaatlichen Beziehungen sind, daß sie ein Staat sind, dessen Führung sich von Launen und Grillen oder Gefühlsausbrüchen wie auch von Überlegungen eines eng aufgefaßten, momentanen Vorteils



# VON VERLEUMDUNG ZU DROHUNG

Leonid MEDWEDKO

Aus Übersee wird immer nachdrücklicher verlangt, daß gegen den Iran nicht nur wirtschaftliche, sondern auch militärische Sanktionen ergriffen werden. In einem Fernsehinterview für NBC erklärte Präsident Carter am 8. Januar, er sei „bereit, Maßnahmen zu treffen, die für den Iran die schwersten Folgen haben können“. Die Vorbereitungen zu diesen Maßnahmen und sie selbst werden jetzt hinter einem Rauchvorhang aus Lügen und Verleumdungen über die Geschehnisse getroffen, die mit den kürzlichen Wandlungen in Afghanistan zusammenhängen. Auffallend ist die Gleichzeitigkeit, mit der sich die beiden Kampagnen entfalten: die Drohungen gegen den Iran und die Verleumdungen über Afghanistan. Ihre Drahtzieher haben dem Sicherheitsrat und der Vollversammlung der UNO gegenstandslose Diskussionen über die sogenannte afghanische Frage eröffnet. Dann versuchten sie, den Sicherheitsrat zur Rechtfertigung „kollektiver“

oder einseitiger Sanktionen der USA gegen den Iran auszunutzen.

Ein enger Zusammenhang zwischen diesen Aktionen ist unschwer zu erkennen. Mit dem Geschrei über eine „Bedrohung“, die von den auf Ersuchen der legitimen Regierung Afghanistans dorthin entsandten begrenzten sowjetischen Truppenkontingenten ausgehe, will Washington die militärische Druckausübung auf den Iran rechtfertigen. Das erinnert frappant an die Situation vor der Entfesselung der Dreieraggression vom Herbst 1956 gegen Ägypten. Sie war ebenfalls von einer antisowjetischen Hysterie begleitet, die damals im Zusammenhang mit der Niederwerfung des konterrevolutionären Putschs in Ungarn angefacht worden war. Jetzt erkennt man wieder diese Gleichzeitigkeit beim Schüren einer Kriegsspsychose in Europa, im Nahen und im Mittleren Osten. Wieder wie zu den Zeiten Eisenhower und Dulles' sucht die US-Regierung ihre unverhohlenen neokolonialistische Politik mit einer „sowjetischen Be-

drohung“ und mit dem Gerede von „Vakua“ zu begründen, die in den von der imperialistischen Kontrolle freier werdenden Entwicklungsländern entstünden.

Der Imperialismus kann jedoch nicht mehr wie früher — vor mehr als 20 Jahren — vorgehen. Er muß der neuen Weltlage, dem neuen weltpolitischen Kräfteverhältnis Rechnung tragen. Unter anderem deshalb zieht es Washington jetzt vor, nicht von einer Niederwerfung der iranischen Revolution zu sprechen, sondern nur von einer Befreiung der amerikanischen Geiseln, u. zw. „ohne Blutvergießen“, mit Rücksicht auf die „langfristigen Interessen der USA“. Das liegt aber natürlich nicht an einer „besonderen Respektierung des Völkerrechts durch Washington“, wie die westliche Presse die Sache hinstellt. In Wirklichkeit geht es den USA darum, die Verschleppung der amerikanisch-iranischen Krise zu benutzen, um die kapitalistischen Industrieländer sowie einige vom Westen abhängige Staaten Asiens und Afrikas für ihre Vorhaben zu gewinnen und die Kriegsvorbereitungen im Vorgebirge des Irans und im Indikbecken überhaupt durch ihre Propaganda zu rechtfertigen.

Nicht von ungefähr redet man wieder davon, daß „die Verantwortung der NATO“ auf dieses Becken ausgedehnt werden müsse. Es wird sogar vorge-

## ZUM 34. JAHRESTAG DER PROKLAMIERUNG ALBANIENS ZUR VOLKSREPUBLIK

deutende Erfolge beim Aufbau eines demokratischen Staates in Albanien.“

Die erste Verfassung Volksalbaniens, die im März 1946 nach breiter Volksaussprache angenommen wurde, verankerte die Errungenschaften der werktätigen Massen in ihrem Kampf gegen den Faschismus und die einheimischen Verräter, spiegelte die sozialökonomischen Umgestaltungen nach der Befreiung wider und zeigte Wege zum Sozialismus auf.

Die Verfassung von 1946 verkündete das Prinzip, daß alle Macht vom Volk ausgeht und dem Volk gehört. Die Volksräte wurden als politische Basis der Volksmacht verankert.

Industrie, Bergwerke, Verkehrswesen und Banken wurden nationalisiert und das Außenhandelsmonopol errichtet. Den Bürgern der Republik wurde das Recht auf Arbeit, die Rede-, Presse-, Versammlungs- und Glaubensfreiheit garantiert. Die Arbeit wurde als Ehre und Pflicht jedes Bürgers proklamiert.

Durch die selbstlosen Anstrengungen der Werktätigen beim Aufbau

des neuen Lebens wurde Albanien, früher eins der rückständigsten Länder Europas, in historisch kurzer Zeit zu einem Agrar-Industrie-Staat. Eine nationale Industrie wurde geschaffen, sozialistische Umgestaltungen in der Landwirtschaft wurden durchgeführt und Kader für die verschiedenen Wirtschaftszweige ausgebildet. Albanien hat eine wahre Revolution in Kultur und Bildung durchgeführt und eine bedeutende Hebung des materiellen Wohlstandes der Werktätigen erreicht. Die zahlreichen Schwierigkeiten, die bei der Umgestaltung der Wirtschaft und Kultur des Landes nach sozialistischen Prinzipien entstanden, wurden dank der engen, allseitigen Zusammenarbeit Volksalbaniens mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern, dank ihrer uneigennützigsten Hilfe erfolgreich überwunden. Auf dem IV. Parteitag (1961) der Partei der Arbeit Albanien (PdAA) wurde konstatiert, daß die ökonomische Grundlage des Sozialismus errichtet ist. Zu jener Zeit hatte der Umfang

der Industrieproduktion gegenüber der Vorkriegszeit um das 25fache zugenommen, und die Produktion der Landwirtschaft hatte sich fast verdoppelt. Der IV. Parteitag der PdAA schätzte den Beitrag der Sowjetunion zum Aufbau des neuen, sozialistischen Albanien so ein: „Durch ihren Sieg über den Faschismus hat die Sowjetunion die realen Voraussetzungen geschaffen und zur Befreiung unseres Volkes beigetragen. Die Hilfe und Unterstützung der Sowjetunion waren einer der wichtigsten äußeren Faktoren unserer enormen Errungenschaften beim sozialistischen Aufbau.“

Die Sowjetunion tritt konsequent für die Überwindung der Schwierigkeiten in den Beziehungen zu Albanien ein, die Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre aufgetreten sind, für die Wiederherstellung der Freundschaft und der gleichberechtigten Zusammenarbeit zwischen dem sowjetischen und albanischen Volk. Im Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XXIV. Parteitag hieß es: „Was Albanien anbelangt, so sind wir nach wie vor bereit, wieder normale Beziehungen aufzunehmen. Das wäre sowohl für unsere beiden Länder als auch für die gemeinsamen Interessen der sozialistischen Staaten von Nutzen.“

J. JEFIMOW

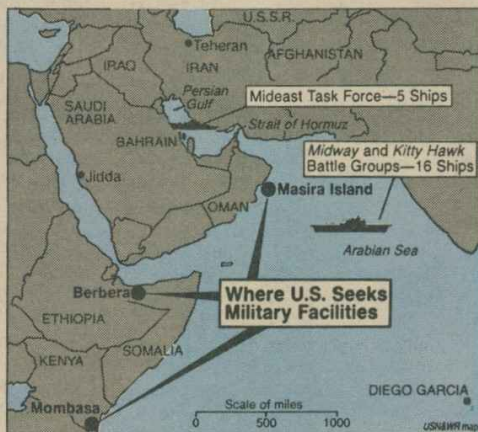


schlagen, eine neue „maritime Allianz“ aus zwölf Mitgliedern zu bilden: aus den USA, Kanada, England, der BRD, Frankreich, Italien, Holland, Japan, Taiwan, Australien, Neuseeland und sogar Israel. Aber folgendes fällt dabei auf: Ein Moslemland, sogar eins mit konservativem Regime, ist — zumindest formell — nicht einbezogen. Warum nicht? Weil die Revolution im Iran gezeigt hat, daß bei dem neuen Aufschwung der im Westen als „Aufklacker des Neoislamismus“ bezeichneten antiimperialistischen Bewegung im Nahen und Mittleren Osten die Imperialisten nicht mehr auf einen rückhaltlosen Beistand der Moslemländer rechnen können, selbst wenn sich deren Spitzenpolitiker wie z. B. Sadat erbötig machen, dem Neokolonialismus Handlangerdienste zu leisten. Die konservativen islamischen Regimes fürchten jetzt, nach dem Sturz der Monarchie im Iran, eine bestimmte Grenze der Zusammenarbeit mit dem Neokolonialismus zu überschreiten, weil sonst ein Volksaufbruch ausbrechen und sie in ihrer Region isoliert dastehen könnten.

Unter diesen Umständen soll das Regime Sadats die Rolle des Trojanischen Pferdes des Neokolonialismus in der islamischen Welt spielen. Kairo verspricht Washington u. a. tatkräftige Hilfe beim Zimmern eines Blocks aus den Ländern am Persischen Golf sowie Stützpunkte für Operationen gegen den Iran. Es unterstützt aktiv die konterrevolutionären Kräfte in Afghanistan und nennt sie rührend „unsere islamischen Brüder“ (und das zu einer Zeit, wo Moslems im Libanon zu Tausenden den Bomben und Kugeln der israelischen Aggressoren erliegen, die jetzt mit Kairo verbündet sind, zu einer Zeit, wo Moslems zu Hunderttausenden in den von Israel besetzten Gebieten grausam unterdrückt sind).

Aber außer Israel und Ägypten brauchen die Imperialisten noch Stützpunkte im Nahen Osten und in Afrika, wo man, wie Drew Middleton, Militärkommentator der „New York Times“, schreibt, nicht nur Marine- und Luftwaffenbasen, sondern auch „US-Landtruppen“ des in Aufstellung begriffenen „Eingreifkorps“ unterbringen könnte. Solche Stützpunkte für die Durchführung der neokolonialistischen Politik könnten — so meint Washington — in Afrika Somalia und Kenia, in Nahost Oman und Saudi-Arabien, in Mittelost Pakistan werden, und für später war die Einbeziehung Afghanistans geplant.

Um das Vorgehen der Westmächte zu koordinieren und gemeinsame Sanktionen gegen den Iran festzulegen, konferierten Vertreter der NATO-Staaten eilig in Brüssel und später in London. Um auf die Alliierten der USA einzuwirken, ist Mitte Januar Vizestaatssekretär Christopher zu einem zweiten Besuch in Westeuropa eingetroffen. Reger wurden die Beratungen mit den Spitzenpolitikern Israels und Ägyptens, und diese erklärten sich zur Beteiligung an beliebigen Sanktionen Washingtons gegen den Iran bereit. Delegationen aus hohen Beamten des Pentagons und des Staatsdepartements haben Saudi-Ara-



„Wo die USA Militärobjekte zu bekommen suchen“, lautet die Aufschrift auf der Landkarte, die wir „U. S. News & World Report“ entnehmen. Die Pfeile zeigen nach der Insel Masira (Oman), nach Berbera (Somalia) und Mombasa (Kenia). Auch die ungefähren Stationierungsorte zweier aus 21 Schiffen bestehender amerikanischer Marineverbände sind eingezeichnet.

bien, Oman, Somalia und Kenia bereit, um zu klären, welche Möglichkeiten für die US-Streitkräfte bestehen, Stützpunkte und andere Militärobjekte in diesen Staaten zu benutzen. Beinahe auf den Fersen der Amerikaner hat der britische Außenminister, Lord Carrington, Oman und Saudi-Arabien besucht. Präsident Carter hat bestätigt, daß die USA die Benutzung von Stützpunkten in einigen arabischen und afrikanischen Ländern auf längere Dauer ins Auge fassen.

Es ist bekannt, daß die USA vor dem Sturz des Schahs im Iran Militärspezialisten, genauer gesagt, Streitkräfte hatten, deren Stärke bisweilen an 40 000 Mann heranreichte. Die meisten waren in unmittelbarer Nähe der sowjetischen und der afghanischen Grenze stationiert und mit Spionage- und Wühlakten gegen diese Länder beauftragt. Nachdem die „Spezialisten“ aus dem Iran hinausgesetzt worden waren, krochen die amerikanischen und auch chinesische Instrukteure und Berater in Pakistan unter und leiten seitdem von dort aus den Kampf gegen die legitime afghanische Regierung. Auch das regionale Haupt-

quartier der CIA wurde aus Teheran nach Islamabad verlegt. „Es liegt nicht der geringste Grund zu der Annahme vor“, schrieb der Pariser „Figaro“ am 3. Juli 1979, „daß die USA nach der vernichtenden Niederlage im Iran ihre Aktionen in dieser Region einstellen werden... Sie wollen die Geschehnisse in Afghanistan dazu benutzen, Staaten und Parteien mit strikt islamischen politischen Anschauungen in das der UdSSR feindliche Lager hinüberzulotsen. Das ist ihr Ziel. Um es zu erreichen, wirken die USA zweifellos in jeder erdenklichen Weise auf die Aufständischen ein.“

Ein scharfblickendes Urteil, das ist nicht zu leugnen! Wir möchten nur hinzufügen, daß die konterrevolutionären Kräfte den Religions- und Stammeshader in Afghanistan angestiftet, Meutereien gegen die Regierung angezettelt und Massenmorde provoziert haben. Amins Politik der Massenrepressalien diente objektiv dazu, die afghanische Revolution abzuwürgen, sie zu entwerzeln und die Lage in der Region überhaupt zu destabilisieren. Jetzt nun, wo sich im Land gesunde Kräfte gefunden und mit Hilfe der UdSSR die Revolution gegen ihre auswärtigen Feinde abgeschirmt haben, ist von den Imperialisten eine wütende Hetze aufgezoogen worden. Sie beschuldigen die UdSSR einer Intervention, nur weil sie der neuen afghanischen Regierung zu Hilfe geilt ist, an deren Spitze Babrak Karmal, ein anerkannter Führer der Aprilrevolution, steht, und nicht dem Regime Amins, der den legitimen Präsidenten der Republik, Taraki, ermordet hat. Nach der Logik der Imperialisten hätte die UdSSR nicht dem afghanischen Volk, sondern seinen Henkern und den Verrätern vom Schlage Amins beistehen sollen, über den die US-Zeitschrift „Time“ unlängst schrieb, seine Hände seien „rot von Blut“.

Die UdSSR hat aber stets getreulich ihre revolutionäre internationalistische Pflicht getan und wird sie auch weiter tun. Sie wird wie bisher die Kräfte des Fortschritts und der nationalen Befreiung und nicht die Reaktion und die Konterrevolutionäre unterstützen. Die wahrhaft revolutionären Ereignisse in Afghanistan und dessen brüderliche Unterstützung durch die UdSSR haben die Neokolonialisten und ihren Anhang deshalb so in Wut versetzt, weil sie deren weitgehenden Plan durchkreuzt haben, auf seinem Boden ein Aufmarschgebiet für Aktionen gegen die UdSSR und den Iran und zur Bekämpfung der Befreiungsrevolutionen im Nahen und Mittleren Osten zu schaffen. So sehr sich der Imperialismus auch anstrengt, im Iran Revanche für seine Niederlage in Afghanistan zu nehmen, es wird ihm nicht gelingen, die Geschichte in ihrem Lauf aufzuhalten. Was sie früher nicht fertigbrachten, werden sie jetzt erst recht nicht fertigbringen.



# AN DER ÄUSSERSTEN GRENZE

Viktor SIDENKO

Die Einwohner der rhodesischen Hauptstadt Salisbury waren Zeugen eines heutzutage schon seltenen Bildes. In eine neugestrichene und renovierte Villa im Kolonialstil, die am Rande der Hauptstadt liegt, zog Ende v. J. mit Pomp der britische Gouverneur Lord Soames, Schwiegersohn des verstorbenen Winston Churchill, ein. Am selben Tag wurde über der Residenz des Gouverneurs die britische Staatsflagge gehißt, die ein Flugzeug zusammen mit dem Dienstwagen des Gouverneurs aus London gebracht hatte. Rhodesien wurde erneut — wenn auch für kurze Zeit — gleichsam eine Kolonie Großbritanniens.

Wie kommt das in einer Zeit, da doch unter das kapitalistische Kolonialsystem längst der Schlußstrich gezogen ist?

Die Villa am Rande von Salisbury ist auf eine erstaunliche Weise mit der Geschichte Rhodesiens der letzten Jahre verbunden. Lange Zeit beherbergte sie den Gouverneur Südrhodesiens, einer britischen „Kolonie mit Selbstverwaltung“. Die britische Flagge wehte über der Villa auch, nachdem die rassistischen weißen Siedler Rhodesien im November 1965 zu einem von Großbritannien unabhängigen Land erklärten. London gab somit zu verstehen, daß es „die eigenmächtige Verkündung der Unabhängigkeit“ nicht anerkannte. Übrigens hatte es mit der „Flaggendemonstration“ auch sein Bewenden. London, das jedesmal, wenn es darum ging, Volksaufstände in den Kolonien niederzuhalten, so gern von Waffen Gebrauch gemacht hatte, rührte keinen Finger, um der Machtergreifung durch die rassistischen Ultras ein Ende zu bereiten. Kein Wunder auch. Unter den Initiatoren dieser Rassenaktion gab es nicht wenig Verwandte von Adelsfamilien Großbritanniens, und Rhodesien selbst galt schon längst als „Nutzgarten des Oberhauses“. Sir Humphrey Gibbs, der als Gouverneur nichts mehr zu tun hatte, ging seinen mondänen Pflichten nach, fuhr seinen weißen Mercedes spazieren und besuchte ab und zu sein Gut bei Bulawayo. Seine Residenz gab der Gouverneur jedoch nicht auf.

Er mußte das erst tun, kurz bevor die Rassisten dem altersschwachen britischen Leu einen neuen Fußtritt

gaben und im März 1970 Rhodesien zu einer „Republik des weißen Mannes“ ausriefen, die nicht einmal formal mit der britischen Krone verbunden sei. Aus allen Ämtern und Schulen wurden die Bilder der britischen Königin entfernt. Nun wurde auch die britische Flagge über der Residenz des Gouverneurs eingeholt.

„Der kleine Aussätzige der Welt, genannt Rhodesien“, wie France Presse sich ausdrückte, brachte der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung (diese zählte insgesamt 6,3 Millionen Afrikaner und 270 000 Weiße) weder Befreiung noch Gleichheit oder demokratische Freiheiten. Im Gegenteil, die rassistische Unterdrückung nahm noch zu. Kein einziger Staat der Welt (mit Ausnahme der RSA) erkannte die „Unabhängigkeit“ Rhodesiens an. Der Sicherheitsrat forderte in seiner Resolution alle UNO-Länder auf, dem Rassenstaat den wirtschaftlichen, kommerziellen und politischen Boykott zu erklären. Obwohl die Rassisten die Beethovensche Musik zur Ode „An die Freude“ zu ihrer Staatshymne machten, erlebten die weißen Ultras nicht eben viele Freuden. Die Urbevölkerung griff 1972 zu den Waffen. In sieben Jahren des bewaffneten Kampfes konnte sie drei Viertel des Landes unter Kontrolle nehmen. Den Partisanen halfen die „Frontstaaten“ und die Freunde des Volkes von Simbabwe in der ganzen Welt.

Joshua Nkomo, ein Führer der Partisanenbewegung, sagte 1979: „Ohne die Hilfe und Unterstützung der Sowjetunion, der anderen sozialistischen Länder und aller Fortschrittskräfte der Welt wäre der bewaffnete Kampf im ganzen Land undenkbar.“

Die Rassisten quitierten den Aufschwung des Befreiungskampfes mit Terror. In die rhodesischen Sicherheitskräfte traten Hunderte in den USA, in Großbritannien, Frankreich und anderen Ländern angeworbene Söldner ein. Die friedliche Bevölkerung wurde in „Wehrdörfer“ gezwängt, die im Grunde Konzentrationslager sind. Die rhodesische Luftwaffe verübte Banditenüberfälle auf die „Frontstaaten“, besonders auf Moçambique und Sambia, und vernichtete mit Napalm und Bomben die Flüchtlinge aus Simba-

bwe. Prahlisch wiederholten die Rassisten ihre Lieblingsmaxime: „Die Schwarzen werden dann Minister, wenn Hunde von Schafen in die Ställe getrieben werden.“

Doch hatten sie immer weniger Grund zum Optimismus. Die militärische Niederlage nahm immer deutlicher Gestalt an. Die weißen Pflanzler legten sich Gewehre und MPis zu, ihre Last- und Personenwagen wurden mit Vorrichtungen ausgerüstet, die bei Minenexplosionen vor starken Beschädigungen schützten. Einige Pflanzler färbten sich bei Reisen im Lande das Gesicht schwarz. Ein Farmer erläuterte dem „Spiegel“-Korrespondenten: Weiße Farbe lenke automatisch das Gewehrfeuer auf sich. Die Rassisten flüchteten sich nun massenweise aus dem Lande. Unter ihnen war sogar der ehemalige Sicherheitsminister Wickus de Kock.

Smith und sein „Cowboy-Team“ (so nennt die westliche Presse die Regierung der Rassisten, unter denen es nicht wenig Viehhändler gibt) versuchten noch, das Gesicht zu wahren, aber ihre westlichen Schutzherrn USA und Großbritannien hatten schon erkannt: Das Spiel war verloren. Wenn sie sich für die Rassisten einsetzten, so nicht nur wegen jener 791 britischen und 736 amerikanischen Gesellschaften, die entgegen der Resolution des Sicherheitsrates zum Smith-Regime Geschäftskontakte unterhalten. Sie befürchteten, daß nach dem Sieg der Partisanen ein neuer, „radikaler“ Staat entstehen würde; dann wäre seine Konfrontation mit der rassistischen RSA unvermeidlich. Dieses Land aber mit seinen gigantischen Rohstoffvorräten und seiner wichtigen strategischen Lage war dem Westen ans profitliebende Herz gewachsen.

Auf Anregung der westlichen Länder wurde 1976 eine Genfer Rhodesienkonferenz einberufen. An ihr beteiligten sich auch Vertreter der Partisanenorganisationen ZANU und ZAPU, die sich später zur Patriotischen Front vereinigten, sowie einige afrikanische politische Führer, die zum Paktieren neigten, darunter Abel Muzorewa. Wegen der obstruktivistischen Politik der Weißen, denen Großbritannien offensichtlich den Rücken steifte, brachte die Konferenz keine praktischen Resultate.

Bald stellte sich heraus, daß das Smith-Regime seinen eigenen Plan für die „Lösung“ des Rhodesien-Problems hatte. Das war die „innere Regelung“, die darauf hinauslief, Rhodesien in einen neokolonialistischen Staat der weißen Rassisten und schwarzen Kollaborationisten umzu-



wandeln. Zu dieser Konzeption gehörte der Übergang von harten Rassistentendogmen zu einem „weichen Rassismus“. Für die reichen und wohlhabenden Afrikaner, d. h. die einheimische Bourgeoisie, wurde die Segregation teilweise aufgehoben. An Stelle der „farbigen Schranke“ sollte also der Vermögenszensus treten. Aber auch das nur teilweise. Im Parlament blieb die Kontrolle den Weißen vorbehalten, desgleichen die Leitung der Sicherheitskräfte, des Gerichtssystems und anderer wichtiger Hebel der Staatsmacht. Hier trat die uns schon bekannte Villa wieder in Erscheinung.

Am 3. März 1978 wurde dort das Abkommen über die „innere Regelung“ unterzeichnet. In einem mit dem Bild Cecil Rhodes', des „Vaters und Begründers“ Rhodesiens, geschmückten Raum setzten Ian Smith und drei afrikanische kollaborationistische Politiker ihre Unterschriften unter das Abkommen.

Die spätere Entwicklung zeigte: Die „innere Regelung“ war ein totgeborenes Kind. Erstens führte sie nicht zur Beendigung des bewaffneten Befreiungskampfes, im Gegenteil, sie bewirkte eine Verstärkung der antirassistischen Bewegung; zweitens half sie nicht, die internationale Öffentlichkeit zu betrügen und die Sanktionen gegen Rhodesien aufzuheben; die Solidaritätsbewegung für die Patrioten wurde noch breiter. Besonders klar trat die Ausichtslosigkeit der „inneren Regelung“ bei den Parlamentswahlen im April 1979 zutage. Die Wahlen arteten in eine schmachliche Farce aus, deren Ergebnisse die Weltöffentlichkeit empört zurückwies.

Der bekannte rhodesische oppositionelle Politiker Dr. Ahran Palley legte den Sinn der „inneren Regelung“ bloß: „Die Weißen wollen Veränderungen ohne jegliche Veränderungen. Nach Errichtung der Herrschaft der Mehrheit wollen sie die Herrschaft der Minderheit einführen. Die Weißen wollen Afrikaner mit weißen Ideen an die Macht bringen.“

Die Aprilwahlen brachten dem marionettenhaften Vereinigten Afrikanischen Nationalrat Muzorewas den Sieg (51 Sitze von 100). Aber um welchen Preis? Für ihn agitierten die Mitglieder der paramilitärischen Banden „Pfumoto re Vanhu“ (Speer der Nation), Angehörige des Shona-Stammes, zu dem auch Muzorewa gehört. Mit gezückten MPi trieben sie zusammen mit weißen Soldaten die Menschen zu den Wahllokalen und machten vor Willkür und Gewalt nicht halt. Muzorewa selbst ließ nichts unversucht: Bald verteilte er 10-Dollar-Scheine unter den Wählern, die für ihn stimmen wollten,

bald erschien er vor ihnen in einem rotgelbgrün-schwarzen Frack (die Farben seiner Partei), bald beteiligte er sich an Wettbewerbläufen in Stadien usw.

Die britischen und amerikanischen Schutzherrn der Rassisten, die wenig an die Wirksamkeit der Farce „innere Regelung“ glaubten, waren sich darüber klar, daß der Befreiungskampf durch diese „Regelung“ nicht zum Erliegen gebracht werden kann. Die militärische Situation in Rhodesien veränderte sich immer mehr zugunsten der Partisanen der Patriotischen Front.

Im Sommer v. J. unterbreitete die neue Tory-Regierung Großbritanniens einen Plan, der auch Washingtons Gefallen fand. Es sollte eine neue Verfassungskonferenz der drei „interessierten Seiten“ (der Patriotischen Front, der Marionettenregierung Muzorewa/Smith und Großbritanniens als der für die aufrührerische Kolonie „verantwortlichen“ Macht) einberufen werden.

Diese britische Initiative war genau kalkuliert. Die Torys hofften, daß die Patriotische Front ablehnen und, wie Robert Mugabe sagte, die Politik „des leeren Sessels“ wählen werde. Dann würde folgende Variante anlaufen: In Rhodesien finden „freie (ohne die Patriotische Front abzuhaltende) Wahlen unter Kontrolle der britischen Regierung und von Beobachtern aus den Commonwealth-Ländern statt, der Westen erreicht die Aufhebung der Sanktionen gegen „Rhodesien/Simbabwe“ und schaltet sich aktiv in die Unterdrückung der Partisanenbewegung ein.

Die Patrioten durchschauten das Manöver. Sie beschlossen, an der Konferenz teilzunehmen: Die Führer der Patriotischen Front wollten ihren guten Willen zeigen und der imperialistischen Propaganda die Möglichkeit von vornherein nehmen, ihnen „Unnachgiebigkeit“ vorzuwerfen. Ferner wurde in Betracht gezogen, daß die Patriotische Front auf der Londoner Konferenz als eine einflussreiche politische Kraft auftreten würde, mit der die Rassisten und ihre Hintermänner nicht von der Position des Diktats würden zu sprechen wagen. Schließlich fiel ins Gewicht, daß die Patrioten die Chance hätten versäumen können, das Volk, das die Kriegslasten tragen

mußte, „den Frieden gewinnen“ zu lassen.

Die Rhodesienkonferenz begann in London, am 10. September und dauerte dreieinhalb Monate. Die Patriotische Front wurde unter Druck gesetzt und erpreßt, man wollte ihr für die eindeutig ungünstigen Bedingungen der Feueinstellung aufzwingen (z. B. wurde vorgeschlagen, die Sammelpunkte der Partisanen in unmittelbarer Nähe der RSA unterzubringen — um sie der südafrikanischen Armee auszuliefern). Aber die Patrioten blieben standhaft, wenn auch ihre Position biegsam und konstruktiv war.



Viele Tausende demonstrierten in einem Vorort von Salisbury zur Unterstützung der Patriotischen Front von Simbabwe

Foto: TASS

Am 21. Dezember kam schließlich ein Friedensabkommen über Rhodesien zustande. Ihm zufolge wurde am 28. Dezember die Feueinstellung bekanntgegeben. In der Übergangsetappe soll ein britischer Gouverneur die Macht im Lande ausüben. Schließlich wurde eine neue Verfassung vereinbart, die den Rassisten weniger Vorrechte gewährt. Sie wird nach den allgemeinen Parlamentswahlen, die für Februar 1980 angesetzt sind, in Kraft treten.

In der ersten Januarhälfte wurde der Abzug der Truppen beider Seiten zu speziellen Sammelpunkten beendet. Truppen mehrerer Länder in einer Gesamtstärke von 1300 Mann trafen ein, um die Feueinstellung zu überwachen. Am 13. Januar traf J. Nkomo in Salisbury ein.

Kann man nun sagen, daß der rhodesische Konflikt beigelegt ist und daß, wie die „Washington Post“ sich sentimental ausdrückte, „am rhodesischen Horizont zum erstenmal, seit dieser Konflikt vor 14 Jahren begann, ein Silberstreifen zu sehen ist“? Dieser Schluß wäre unseres



Erachtens doch noch verfrüht. Auf jeden Fall sind wesentliche Vorbehalte angebracht. Welcherart Vorbehalte?

Erstens bestehen berechnete Zweifel daran, daß die Februarwahlen in der Tat frei und demokratisch sein werden. London leistet den rhodesischen Rassisten offen Vorschub, was die Entrüstung der Patrioten hervorruft. Einer der Führer der Patriotischen Front, R. Mugabe, erklärte laut „Daily Telegraph“, er werde das Abkommen über die Feuereinstellung in Rhodesien als ungültig betrachten, falls Großbritannien „die himmelschreienden Verstöße gegen die Hauptpunkte dieses Abkommens“ nicht einstellt. Wie die Zeitung schreibt, richtete Mugabe an Premier Margaret Thatcher ein Schreiben, in dem aufgezählt wird, wie Gouverneur Soames das Abkommen verletzt: durch Beibehaltung von Verbänden der RSA-Armee in Rhodesien, durch Einsatz der rhodesischen Sicherheitskräfte und der Abteilungen aus den paramilitärischen „Ordnungstruppen“ des Bischofs Muzorewa. Die westlichen Schutzherrn knüpfen ihre Hoffnungen an einen Wahlsieg der Muzorewa-Gruppierung, die bereit ist, auch weiterhin mit Rassisten und Neokolonialisten zu kollaborieren. Muzorewa hat viele Gönner im Westen. Seinerzeit stand sein Name bekanntlich auf der Lohnliste der Geheimpolizei des Schahs (SAVAK), aber auch nach Zusammenbruch des Schahregimes ist sein Geldgeber nicht ärmer geworden. Dieser ehemalige „Seelsorger“ hat in der RSA, wohin er fast jeden Monat reist, Millionensummen für den Wahlkampf erhalten.

Deshalb konnte er eine großangelegte Wahlkampagne starten, als die Patriotische Front noch mit dem Abzug der Truppen zu den Sammelpunkten beschäftigt war. Aber weder das Geld, das sich in die Parteikasse Muzorewas ergießt, noch seine schamlose Demagogie bei jeder Gelegenheit sind für den Wahlausgang bestimmend. Bei einer Wahlniederlage Muzorewas sind Provokationen jeder Art nicht ausgeschlossen. Ihr wahrscheinlichster Initiator könnte das Regime in Pretoria sein.

Die Hoffnungen auf den Erfolg Muzorewas und anderer Kollaborateure basieren nicht nur auf deren riesigem Wahlkapital, sondern auch auf einer möglichen Zuspitzung der Rivalität zwischen den Stämmen. Die Feinde eines wirklich unabhängigen Simbabwe bauen darauf, daß diese Rivalität auch die Patriotische Front betreffen und sie vor den Wahlen aushöhlen wird. Wenn die verschiedenen Stämme im Wahlkampf gegeneinander auftreten, könnte das den Machtantritt Muzorewas, hinter

dem der Shona-Stamm steht, wesentlich erleichtern.

Diese Hoffnungen müssen nicht in Erfüllung gehen, denn im Zuge des patriotischen Befreiungskampfes haben die Ideen der nationalen Einheit tiefe Wurzeln geschlagen. Dann könnte ein anderer Faktor, der südafrikanische, wirksam werden. Die RSA-Behörden machen kein Hehl aus ihrer Absicht, in die rhodesischen Angelegenheiten einzugreifen, falls nördlich des Limpopo eine, wie sie es umschreiben, „unfreundliche schwarze Regierung“ in Erscheinung tritt. RSA-Ministerpräsident Botha erklärte kürzlich in einem Interview für die USA-Zeitschrift „Time“: „Wir werden jeden Versuch, die“ (in Rhodesien) „bestehende Ordnung zu beseitigen, im Keim ersticken und dazu all die Kraft, die wir nur aufbringen können, einsetzen.“

Die Drohungen sind noch nicht alles. Wie die „New York Times“ am 23. Dezember mitteilte, befinden sich in Rhodesien wahrscheinlich bis zu 1000 südafrikanische Infanteristen, Flieger und Polizisten aus den Streitkräften. Das Blatt schrieb: „Von Pretoria nach dem Norden geschickt, tauschen sie an der Grenze ihre Uniform mit der rhodesischen um und schleichen sich an die Verteidigungslinien des Landes heran, das vom Standpunkt der RSA-Verteidigung zu einer Schlüsselbastion geworden ist.“ Die südafrikanischen Behörden hätten, behauptet das Blatt vieldeutig, „kein konkretes Versprechen gegeben, ihre Kontingente im Rahmen der Feuereinstellung abzuziehen“, mehr noch, sie demonstrierten ihre Bereitschaft, „die Truppen auf dem Territorium ihres Nachbarlandes zu entfalten“ und „ihre Verteidigung gegen den totalen marxistischen Andrang in der südlichen Hälfte des Kontinents zu festigen“.

Die Pläne der Rassisten gehen weiter. Einem „freundlichen“ Regime in Rhodesien ist die Rolle einer Halbkolonie der RSA zugeordnet. Schon heute rufen die Rassisten dazu auf, Rhodesien ins „südafrikanische Staatsgestirn“ aufzunehmen. An diesem militärisch-politischen Block arbeiten sie seit Monaten. Es wird angenommen, daß alle afrikanischen „Sterne“ in dem Gebilde sich um den rassistischen „Superstern“ RSA drehen werden und das „Gestirn“ selbst zur imperialistischen Galaxis gehören wird.

Bis zu einem Silberstreifen am rhodesischen Horizont ist es also noch recht weit. Die Patrioten Simbawes müssen nach wie vor Standhaftigkeit, Ausdauer und Wachsamkeit an den Tag legen.

## EIN TREFFEN „TEURER FREUNDE“

„Mein teurer Freund“, so redeten sich der ägyptische Präsident Sadat und der israelische Ministerpräsident Begin bei der gemeinsamen Pressekonferenz am 10. Januar in Assuan nach Abschluß ihres turnusmäßigen Treffens an.

Und obgleich sie im Grunde für Verhandlungen über die „palästinensische Autonomie“ zusammengekommen waren, galt die Hauptaufmerksamkeit der „Lage in der Region“. Hierbei wurde ihre „volle Übereinstimmung der Ansichten“ auf offen proimperialistischer, antisowjetischer Grundlage deutlich. Erst vor kurzem hatte Sadat in einem Interview für die israelische Zeitung „Ma'ariv“ behauptet, Ägypten und Israel könnten in strategischer Hinsicht im Nahen Osten nicht zusammenarbeiten, solange noch keine „umfassende Friedensregelung“ erzielt ist. Doch offenbar wird eine solche strategische Zusammenarbeit unter Führung der USA bereits praktiziert.

Solche Fakten wie die Überlassung ägyptischer Militärstützpunkte für geplante US-Militäraktionen im Nahen und Mittleren Osten sowie die Einrichtung von militärischen Ausbildungslagern für afghanische Konterrevolutionäre in Ägypten wurden publik.

Was aber die Errichtung einer palästinensischen „Autonomie“ in den von Israel besetzten arabischen Gebieten angeht, so hat Kairo erneut einen Rückzieher gemacht, indem es seine Bereitschaft erklärte, diese „Autonomie“ auf den Gazastreifen zu beschränken. Doch auch dem will Tel Aviv einstweilen nicht zustimmen.

Die Unnachgiebigkeit Israels in der Palästinenserfrage läßt das Kapitulantentum Kairos noch deutlicher werden. In einem Interview für den Rundfunksender der israelischen Armee [1] erklärte Ghali, Staatssekretär im ägyptischen Außenministerium, ohne Umschweife, Kairo werde auch bei einem Scheitern der „Autonomie“-Gespräche trotz allem „strikt alle Verpflichtungen beachten, die auf der Grundlage des Friedensvertrages übernommen wurden“. Man sucht bereits nach Räumlichkeiten für die Botschaften in Tel Aviv und Kairo, die ihre Arbeit im Februar aufnehmen werden. Bereits im Januar sollen die Grenzen zwischen Ägypten und Israel geöffnet sowie der Luft- und der Telefonverkehr wieder aufgenommen werden.

So werden die „teuren Freunde“ aus Kairo und Tel Aviv ihre Handlungen noch besser koordinieren und zur Verwirklichung der aggressiven Absichten ihres Patrons jenseits des Ozeans beitragen können.

A. USWATOW



## NACH IHREN GESETZEN

Präsidentenskandidat James Carter hatte 1976 versprochen, falls er gewählt werde, die skandalöse Tätigkeit der CIA einer „kritischen Revision“ zu unterziehen.

Anfang 1978 gab der Senatsausschuß für die Geheimdienste schließlich die Vorschläge für neue Statute bekannt, die die so häufigen Willkürakte der CIA, des FBI, der Armee-Nachrichtendienste und der Agentur für nationale Sicherheit beenden sollten. Im Dezember 1979 ließ man offiziell verlauten, daß die Administration nicht mehr beabsichtigt, in der verbliebenen Zeit bis zu den Präsidentenwahlen ein neues CIA-Statut auszuarbeiten und dem Kongreß zur Bestätigung vorzulegen.

Jetzt aber sucht das Weiße Haus sogar eine Aufhebung des „Hughes-Ryan-Amendments“ zu erreichen, dem zufolge sich die Regierung mit Kongreßausschüssen über Pläne für Geheimoperationen konsultieren muß, schrieb die „New York Times“. So hat das britische Institut für Konfliktforschung der „Times“ zufolge erklärt, daß die legislativen Einschränkungen für die Tätigkeit der CIA den Positionen des Westens sehr geschadet hätten. Wer denn jetzt politische Morde, Provokationen und Fälschungen organisiert! Wer sich da in London für die CIA so stark macht, hat wohl vergessen, daß sich die „Jungens aus Langley“ überall auch auf den Britischen Inseln wie zu Hause aufgeführt haben.

Ansonsten können nach dem Beschluß der Administration alle, die an Straflosigkeit der CIA und an voller Handlungsfreiheit für ihre Agenten interessiert sind, beruhigt sein: Alles wird gut, d. h. wie gehabt. Und die CIA wird so wie früher nach ihren Gesetzen in fremden Ländern handeln.

G. VIKTOROW

## „UNGEFÄHR LICH“



Die Aktivität der Neonazis stellt keine direkte Gefahr für unsere Staatsordnung dar — das meinen nach wie vor Vertreter des Bundeskriminalamtes und des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Bisweilen werden Werbebroschüren der Neonazis sogar offen mit der Bundespost versandt. In vielen Städten Hessens verbreitete eine neonazistische „Wehrsportgruppe“ Jahr um Jahr ungehindert ein Flugblatt folgenden Inhalts: „Auch du kannst Mitglied werden, wenn du unsere Zielsetzung, ein freies... Europa, bejahst.“

Die Jugendzeitschrift „Elan“ berichtete über ein ehemaliges Mitglied des „Bundes Heimattreuer Jugend“ und später einer Organisation zum Wiederaufbau der NSDAP. 14jährige Jünglinge sollen in neonazistische Gruppen und Organisationen gelockt werden. Man drückt ihnen Waffen in die Hand und bildet sie à la Bundeswehr aus — vielleicht sogar noch „härter“. Dann folgen

Aktionen — Überfälle auf Banken, Räumlichkeiten progressiver Organisationen und Personen, die die Nazis auf ihre schwarze Liste gesetzt haben. Den jungen Leuten wird ein hämmert, vor allem mit se totaler Terror verbreitet werden. „Wir haben genug Leute, um unseren Anhängern für den Sie sowohl ein einfachen Wachtmeister als auch einen Oberleutnant der Bundeswehr.“

Wie finanzieren sich diese Organisationen? Erstens erhalten sie Gelder von „Führungskräften“ der Wirtschaft, die von einer „starken Hand“ und von einem neuen „Führer“ träumen, zweitens durch Banküberfälle. Viele solche Überfälle, die divers Terroristen um Baader/Meinhof zugeschoben wurden, haben Wirklichkeit. Neonazi-Gruppen verübt. Mit diesen Geldern werden vor allem Waffen und Munition angekauft. Doch Waffen werden auch anders beschafft — durch Bestechung durch Überfälle auf Arsenale und Kasernen der Bundeswehr. Die Neonazis sind ausgerüstet wie eine reguläre Armee.

Kürzlich nannte Herbert Werner, SPD-Fraktionsvorsitzender im Bundestag, Zahlen für neon-

## STUMM WIE DIE FISCHER

Vor etwa einem Monat sprach Erhard Müller, ehemaliger Kapitänleutnant der Bundeswehr, der vor einem Jahr in die DDR übergetreten war, im DDR-Fernsehen. Er berichtete, daß 1974 nach einem Geheimabkommen zwischen dem Pentagon und dem Bundesverteidigungsministerium ein gemeinsames Spionage- und Analysezentrum unter der Codebezeichnung Verbindungsgruppe USA-Bundesrepublik gebildet worden war. Anlaß dafür war die „mangelnde Einheit“ in der NATO bei der Einschätzung des Ausmaßes der „Bedrohung aus

dem Osten“. Die Vertreter kleiner NATO-Länder waren aus durchaus verständlichen Gründen oft nicht bereit, die hohen Rüstungsausgaben zu tragen. Deshalb vereinbarten Washington und Bonn, gemeinsam gegen ein „Herabspielen“ der „militärischen Bedrohung aus dem Osten“ aufzutreten und sich für eine verstärkte Rüstung einzusetzen.

Eben hierfür wurde das gemeinsame Spionagezentrum gebildet. Die USA überlassen der Gruppe das wichtigste Material und Angaben über das Verteidigungspotential der Warschauer Vertragslän-

der, die sie von Nachrichtensatelliten erhalten haben. Die BRD ergänzt diese Angaben durch Geheiminformationen des Bundesnachrichtendienstes und durch Informationen der elektronischen Spionage.

Erhard Müller machte darauf aufmerksam, wie sorgsam die USA und die BRD die neugeschaffene Gruppe vor ihren Bündnispartnern verbargen. Selbst wenn ihre Existenz als solche durchsickern sollte, hatte doch die eigentliche Tätigkeit der Gruppe absolut geheim zu bleiben. Deshalb beschloß man, die Arbeitsgruppe als Institution zu deklarieren, die angeblich amerikanisch-bun-

desdeutsche Differenzen in Verteidigungsfragen zu klären hat.

Doch Angaben wurden nicht nur gesammelt. Man begann, „Informationen“ selbst zu fabrizieren und so zu verfälschen, um so Druck auf NATO-Partner auszuüben. So verfügten bundesdeutsche Nachrichtendienste bei einer Zusammenstellung der Marineinfanterieeinheiten und der Landtruppen der UdSSR, (womit sich die Gruppe, in der Erhard Müller tätig war, befaßte) über Angaben, daß die UdSSR im Ostseeraum ein Marineinfanterieregiment hat. Die Amerikaner stellten das nicht zufrieden: Die geringe Zahl würde die Dänen kaum davon

überzeugen, daß ihre Meeresfahr drohe, und würden sie sich einer Anhebung der Rüstungsausgaben lassen. Da veranlaßte die Amerikaner eine Analyse zu veranlassen und aus dem Material eine Marineinfanterieeinheit wurden „geden“. Auch spielte für die schungsmanöver genannt.

Haben nun die „westlichen“ westlichen die Berichte der Gruppe USA publik aufgegeben? Sie waren stumm wie die Fische. Offen-



stische Verbrechen, die das Bundeskriminalamt registriert hat: 1976 wurden 319 Fälle, 1977 schon 46 und 1978 sogar 992 Fälle konstatiert. Dabei liegt die Dunkelziffer erheblich höher: Die Verbreitung nationalsozialistischen Propagandamaterials wird in der BRD immer noch nicht geahndet.

L. SMIRNOWA

Foto aus „Unsere Zeit“ (BRD)



Der Dollar sinkt immer tiefer. Westeuropa und Japan wenden sich mit neuen Augen an Onkel Sam: „Nehmen Sie diesmal unser Beileid entgegen!“

Zeichnung aus „Asahi“ (Japan)

daß mand eingestehen, daß in der NATO einer die anderen an der Nase herumführt.

Solange die Juniorpartner der USA und der BRD in der NATO schweigen, treibt hinter ihrem Rücken die geheime Verbindungsgruppe USA—Bundesrepublik seelenruhig weiter ihr Unwesen — und zwar in Bad Godesberg bei Bonn. Weitere „zuverlässige“ Angaben über die „militärische Bedrohung“ seitens der Sowjetunion werden fabriziert, um den Westeuropäern das Geld für eine weitere Runde des Wettrennens aus der Tasche zu ziehen.

B. SWETIN

„NEUE ZEIT“ 3-80

## TOKIOTER „HELDEN“

Die Tokioter Behörden beschlossen, ein Denkmal für sieben „Märtyrer“, sieben „Nationalhelden“ zu errichten. Wer sind denn diese „Helden“?

Es handelt sich um die sieben Hauptkriegsverbrecher, die 1948 nach dem Urteil des Internationalen Militärgerichtshofs in Tokio hingerichtet wurden.

Es waren:

General Tojo, einer der geistigen Väter des japanischen Militarismus. Er war zugleich Ministerpräsident, Kriegs- und Innenminister. Leitete unmittelbar die Aggression gegen andere Länder.

General Itagaki war gleichfalls Kriegsminister. Er ordnete ungezählte Massensterben an.

General Doihara, Mitglied des Obersten Militärates, nahm am Krieg gegen China und an den Provokationen beim Chachin-Gol teil und schmiedete Pläne für einen Angriff auf die Sowjetunion.

General Matsui und Ministerpräsident Hirota. Sie haben das Blutbad zu verantworten, das japanische Soldaten in Nanking anrichteten. 200 000 unschuldige Menschen kamen dabei ums Leben, ein Drittel der Stadt wurde zerstört.

General Kimura, stellvertretender Kriegsminister, befahl Truppen im besetzten Burma, wo Kriegsgefangene und Zivilisten gefoltert und getötet wurden.

General Muto, Stabschef der Okkupationsstruppen auf den Philippinen. Verantwortlich für ungezählte Verbrechen an der Zivilbevölkerung.

Diese sieben, die höchste staatliche und militärische Ämter innehatten, entfesselten den entsetzlichen Krieg in Asien und im Pazifik.

Die sieben „Märtyrer“, oder wie man sie sonst nennen mag, waren und bleiben Kriegsverbrecher. Niemand hat das Urteil des Internationalen Militärgerichtshofs aufgehoben. Die Tokioter Behörden haben offenbar ihre eigene Vorstellung von „Mut“ und „Verdiensten“.

M. LEONIDOW



Drei Mitglieder der Vereinigten Stabschefs der USA — zwei Generale und ein Admiral — lächeln und applaudieren. General David Jones (Air Force), Admiral Thomas Hayward (Navy) und General Lew Allen (Air Force) begrüßen den Beschluß von Präsident Carter, im Finanzjahr 1981 für das Pentagon 157 Md. Dollar zu beantragen. Wenn die Amerikaner hellauf begeistert sind, pfeifen sie. Und wenn die drei hohen Militärs noch nicht pfeifen, dann offenbar nur deshalb, weil die Rüstungsausgaben für 1982 noch höher liegen werden. Die Falken sparen sich ihre Emotionen auf. . .

Foto aus „Daily World“ (USA)

## URAN ALS MANNA

Der Direktor der Afrika- und Madagaskarabteilung des französischen Außenministeriums, Guy Georgy, gestand ein, daß tatsächlich Uran aus Namibia von französischen Firmen unrechtmäßig ausgeführt wird. „Wir leben in einer unordentlichen Welt“, antwortete er seufzend Anfang Januar auf Fragen von Journalisten der Pariser Zeitung „Libération“. „Wir in dieser Welt sind Räuber“. „Unschuldensengel“ Guy Georgy sagte ferner, die Regierung könne Privatunternehmen nicht zwingen, die illegale Uraneinfuhr zu beenden. „Selbst wenn der Staat ein großes Aktienpaket in diesen Firmen hat, kann er nur sehr wenig ausrichten. Die Ölkonglomerate repräsentieren z. B. allein schon die Macht, und der Staat kann da nichts tun.“

Für das Großkapital dürfte es kaum eine bequemere Position geben. Erst einmal abwarten — um so mehr, da die westlichen Länder alles tun, damit sich das „Warten“ hinzieht. Das RSA-Besatzungsregime in Namibia, das es möglich macht, wertvolle, dringend benötigte Rohstoffe zu rauben, sagt ihnen durchaus zu.

Wenn es um Profite geht, verspüren Geschäftsleute und gewisse Politiker keine Gewissensbisse. Hauptsache, man schafft es, soviel wie möglich zusammenzurauben. Man tut eben, was man kann. Den Berechnungen von Experten zufolge beuten imperialistische Monopole die Bodenschätze Namibias jetzt derart rapide aus, daß die Lagerstätten bald schon erschöpft sein können.

Im Westen zieht man es vor, so zu tun, als würden die Reichtümer Namibias nicht mit Zustimmung der Regierungen ausgeplündert — als ob das Uran wie Manna vom Himmel falle und man nur die Hand hinzuhalten brauche.

Doch wie läßt sich ein derart idyllisches Bild mit der Erklärung der „Union des Transports aériens“ in Zusammenhang bringen, die behauptete, sie habe „die offizielle Zustimmung der französischen Behörden“ zum Transport namibischen Urans?

Eine Gesamtbürgschaft ist etwas Bequemes: Man kann den Schuldigen endlos suchen und Afrika in Ruhe weiter ausplündern.

B. ASSOJAN



# HEGEMONISTENKOMPLOTT

Iwan IWKOW

Washington und Peking wollen sich nicht mit den endgültigen Veränderungen in Südostasien abfinden. Die Zerschlagung des Saigoner Regimes und die Bildung eines einheitlichen sozialistischen Vietnam, die Entstehung der Volksdemokratischen Republik Laos, die den sozialistischen Entwicklungsweg eingeschlagen hat, auf den Ruinen eines halbfeudalen Königreichs, der Zusammenbruch des Pol-Pot-Terrorregimes in Phnom Penh und die Proklamierung der VR Kampuchea haben bedeutende Veränderungen in das politische Kräfteverhältnis in Südostasien zugunsten der Kräfte des Friedens und des sozialen Fortschritts gebracht. Den US-Militaristen, die sich mit ihrer „Unbesiegbarkeit“ brüsten, wurde hier die größte Niederlage seit Bestehen der USA beigebracht. Die imperialistischen Pläne, die souveränen unabhängigen Staaten Indochinas zu liquidieren sowie sie zu einer Bastion des US-Expansionismus und militärischer Abenteuer in Asien und im Pazifikraum zu machen, scheiterten.

Die stürmischen revolutionären Ereignisse in diesem Teil Südasiens haben die Karten auch der Peking Hegemonisten, die diese Region stets als ihre spezielle Interessenzone ansahen, durcheinandergebracht. In Peking hatte man ernstlich darauf gesetzt, vor allem die Länder Indochinas an sich zu reißen und sie dann als Aufmarschgebiet zu benutzen, um die anderen Völker Südasiens unterzuordnen und den eigenen Einfluß auf die Länder Südasien und des Mittleren Ostens auszuweiten.

Nachdem Peking und Washington aus der strategisch wichtigen Region hinausgesetzt worden waren, beschloßen sie, ihre Anstrengungen zu vereinen und sich gemeinsam gegen die souverän gewordenen Völker Indochinas zu wenden, um so die verlorenen Positionen zurückzuholen. Natürlich verfolgt jeder der Partner mit seinem zunehmenden Druck auf Vietnam, Laos und Kampuchea seine eigenen Ziele, die sich keineswegs immer decken. Doch da — wie die jüngste Vergangenheit zeigte — weder Peking noch Washington die Stärke und den Mut der heroischen Völker Indochinas, die die Reihen zur Verteidigung ihrer Unabhängigkeit schließen, niederringen können, koordinieren die chinesischen und die amerikanischen Neokoloniali-

sten ihre Aktionen in der Hoffnung, den anderen zu überspielen und eine dominierende Stellung in der gesamten Region einzunehmen.

Hierbei hofft man in Peking, von einem solchen Vorteil wie der territorialen Nähe Chinas zum Aggressionsobjekt Gebrauch machen zu können. Man setzt dabei auf die Unterstützung von mehr als 20 Millionen Auslandschinesen (Hoas) in Südostasien, will diese als „fünfte Kolonne“ einsetzen.

In Washington baut man nach wie vor auf die bankrotte Kanonenbootpolitik und auf die Unterstützung reaktionärer Regimes in den Ländern Südasiens. Angesichts des im amerikanischen Volk immer noch nachwirkenden „Vietnamsyndroms“ beschloßen die Washingtoner Strategen, auf der neuen Etappe des Kampfes um Südostasien die „chinesische Karte“ auszuspielen, d. h. die stürmische Entwicklung des revolutionären Prozesses bei den asiatischen Völkern durch die Maoisten, die sich als „Marxisten“ tarnen, zu stoppen. Und schließlich meint man in den herrschenden Kreisen der USA, es sei „besser“, wenn sich die weitere Entwicklung der sozialen Prozesse in Asien nicht auf dem revolutionären Weg, der in Wirklichkeit zu einer Erneuerung des Lebens in den asiatischen Ländern führt, sondern nach maoistischem Modell vollziehen werde.

Die Peking Führung, die versucht, eine Modernisierung des Landes mit Technologie und Geld der Kapitalisten aus dem Westen durchzuführen, wollte Washington ihre Zuverlässigkeit beweisen, indem sie die schändliche Rolle eines asiatischen Gendarmen im Kampf gegen die nationalen Befreiungsbewegungen übernahm. Vom Komplott Pekings und Washingtons im Kampf gegen die Kräfte des Friedens und des sozialen Fortschritts zeugen zahlreiche Erklärungen von US-Politikern, u. a. von Kissinger und Brzezinski. Auch die China-Tournee von US-Vizepräsident Mondale und der damit verbundene Propagandarummel haben das demonstriert. Im „Land der Mitte“ verkündete Mondale ohne Umschweife eine Gemeinsamkeit bzw. Parallelität der strategischen Interessen der USA und des maoistischen China.

US-Verteidigungsminister Brown, der sich kürzlich in China aufhielt, hatte mit der chinesischen Führung Gespräche

über eine Koordinierung der Aktionen beider Länder. Ganz offenbar wurden in Peking neue Pläne ausgeheckt, um Druck auf die Länder Indochinas auszuüben. Das zeigen insbesondere die verstärkten Lieferungen von US-Waffen nach Thailand. 1979 hat sich der Verkauf amerikanischer Rüstungsgüter an Thailand vervierfacht. Die Zahl der US-Militärberater in Thailand hat gleichfalls zugenommen. Im gleichen Jahr hat der Verkauf von Rüstungsgütern 400 Mio Dollar erreicht — gegenüber 100 Mio Dollar im Vorjahr.

Um die Weltöffentlichkeit von dem geplanten neuen Schlag gegen Indochina abzulenken, haben die chinesische und die amerikanische Propaganda eine lautstarke Kampagne wegen Vietnam, dem „kleinen Hegemonen“, entfesselt. „Peking, Washington und andere reaktionäre Kreise entstellen durch ihre Propagandaapparate und Aktivitäten die Wahrheit und bringen Verwirrung in die Gesamtlage, wobei sie hoffen, dadurch im trüben fischen zu können, um ihre abenteuerlichen Pläne gegenüber Kampuchea, Vietnam und Laos zu verwirklichen“, sagte SRV-Premierminister Pham Van Dong.

Entsprechend dem chinesisch-amerikanischen Szenario agiert Peking als subversive Hauptkraft in Südostasien, besonders in Indochina. Es richtet seine Schläge vor allem gegen die SRV als stärksten Staat Indochinas und Haupthindernis für den chinesischen Expansionismus. Die Niederlage, die die Peking Hegemonisten auf dem Schlachtfeld erlitten, hat sie nicht zur Vernunft gebracht. Ihre gefährlichen Abenteuer nicht nur gegen Vietnam, sondern auch gegen Laos und Kampuchea reißen nicht ab. Peking bedient sich der zersplitterten Banden der Pol-Pot-Anhänger, um eine Normalisierung der Lage in Kampuchea zu verhindern, die rechtmäßige Regierung, den Revolutionären Volksrat Kampuchas, zu stürzen und dem leidgeprüften kampucheanischen Volk erneut die Mörderbande aufzuheulen. Aus China gelangen Waffen und andere Kriegsgüter in den Dschungel an der kampucheanisch-thailändischen Grenze. Dorthin werden zahlreiche Berater geschickt, die die geschlagenen Pol-Pot-Trupps zusammenfressen und dem Volk Kampuchas einen langwierigen Auszehrkrieg aufzwingen sollen.

Auf Anordnung Pekings erfolgte kürzlich eine Umbildung der Pol-Pot-„Regierung“. Der Massenmörder Pol Pot überließ sein „Ministerpräsidentenamt“ einer weniger verhassten Figur, Khieu Samphan. Der neuen „Regierung“ Khieu Samphan gehört Pol Pot als Oberbefehlshaber der Streitkräfte an. Der Platz des Vorsitzenden des ZK der kürzlich von den Maoisten zusammengezimmerten „nationaldemokratischen patriotischen Einheitsfront Kampuchas“, in der sich der gesamte reaktionäre Abschaum zusammenrottete, wurde Prinz Sihanouk



überlassen, der jetzt die westlichen Hauptstädte bereist, um seine Anerkennung als „oberster Regent“ des Landes zu erreichen und Hilfe zu erbetteln, damit er einen regelrechten Guerillakrieg gegen die rechtmäßige Regierung der VR Kampuchea führen kann.

Der Auslandspreste zufolge erklärte Sihanouk, China sei bereit, allen Kräften ungeachtet ihrer ideologischen Ausrichtung, die einen Guerillakrieg gegen die VR Kampuchea führen werden, die notwendige Hilfe zu erweisen.

Die Peking Berater entwickeln bereits Aktivitäten, um die in Thailand (wo die geschlagenen Truppen unterschlüpfen) angeworbenen Söldner neu zu formieren und auszubilden. Nach einer Ruhepause und einer weiteren Gehirnwäsche kehren die Pol-Pot-Banden nach Kampuchea zurück, um gegen die rechtmäßige Regierung zu kämpfen.

An einem Strang mit Peking zieht auch das Pentagon, das seinerzeit in Kambodscha ein Blutbad anrichtete. AP zufolge wollen die USA den Pol-Pot-Trupps und anderen Banditen, die von Thailand aus in die VR Kampuchea einfallen, bedeutende Militärhilfe gewähren. Als „Allianz von Adler und Drachen“ hat die französische Zeitung „Parisien Libéré“ das in Peking erzielte Aktionsprogramm treffend bezeichnet.

Doch die Veränderungen in Kampuchea haben ebenso wie die in den anderen Ländern Indochinas endgültigen Charakter. Unter Führung des Revolutionären Volksrates bauen die 4,5 Millionen Kampucheaner, die die Pol-Pot-Hölle überlebt haben, allmählich ihr Land wieder auf. 1979 haben sie große

Erfolge erzielt. Die Regierung Heng Samrin kontrolliert das ganze Land. Überall in Kampuchea wirken die Organe der Volksmacht, wird die Wirtschaft wiederaufgebaut, normalisiert sich das Leben. Immer neue Betriebe, die unter dem Pol-Pot-Regime zerstört wurden oder stillstanden, nehmen ihre Arbeit wieder auf. An die 700 000 Kinder gehen wieder zur Schule. See- und Flughäfen sind wieder geöffnet. Zeitungen erscheinen, und der Rundfunk nahm seine Sendungen wieder auf.

Mit Hilfe der Sowjetunion, Vietnams und der anderen sozialistischen Länder sowie einiger internationaler Organisationen konnte eine Hungersnot im Lande vermieden werden.

Pen Sovan, stellvertretender Vorsitzender des Revolutionären Volksrates und Verteidigungsminister der VR Kampuchea, erklärte dem TASS-Korrespondenten zur Lage in Kampuchea, daß die weitaus meisten Pol-Pot-Trupps zerschlagen wurden und ein Teil von ihnen nach Thailand flüchtete. In den schwer zugänglichen Landesteilen Kampucheas selbst gibt es nur noch versprengte Trupps, die weder politisch noch militärisch von Bedeutung sind. Doch trotz der klaren Beweise für die Erfolge der Regierung der VR Kampuchea bei der Stabilisierung der Lage, trotz der sukzessiven Normalisierung des Lebens in Kampuchea behaupten die westliche und die chinesische Propaganda weiterhin, es gäbe im Lande zwei Regionen mit zwei unterschiedlichen Regimes, mit zwei verschiedenen Regierungen und zwei Armeen, die gegeneinander Krieg führten. All diese Erfindungen brauchen Peking und Washington, um die Weltöffentlichkeit irrezuführen und den Prozeß der internationalen Anerkennung der rechtmäßigen Regierung der VR Kampuchea zu stoppen, den geschlagenen Pol-Pot-Trupps neue Kraft einzuhauchen und Kampucheaner gegen Kampucheaner kämpfen zu lassen.

Das Bild der Verschwörung gegen die Völker Indochinas wäre unvollständig ohne die hartnäckigen Versuche der USA und Chinas zu erwähnen, die ASEAN-Länder in den Kampf gegen Vietnam, Laos und Kampuchea hineinzuziehen, sie zu einem blinden Werkzeug in den Händen der Peking und der Washingtoner Provokateure und zu Komplizen in dem schmutzigen Spiel gegen Frieden und Sicherheit in der Region zu machen.

Seinerzeit wurde der Verband südostasiatischer Nationen (ASEAN) als kulturelle und wirtschaftliche Organisation gegründet. Er wurde allmählich zu einer bedeutenden politischen Kraft, die einen gewissen Einfluß auf die Lage in der Region hat. Die Sonderdeklaration, die 1971 in Kuala Lumpur angenommen wurde, enthielt den Vorschlag, die Anerkennung und Respektierung Südostasiens als einer Zone des Frie-

dens, der Freiheit und der Neutralität, als einer Zone, die die Einmischung anderer Länder ausschließt, zu garantieren. Die ASEAN trat für die Anbahnung regionaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit und für die Herstellung eines Systems von Beziehungen in Südostasien ein, das diesen Ländern helfen würde, erfolgreicher ihre politischen Positionen gegenüber der Offensive der Mafis zu verteidigen. Die ASEAN-Staaten schlugen seinerzeit vor, eine kernwaffenfreie Zone in Südostasien zu bilden.

Doch ein solcher Trend in der ASEAN ging sowohl Peking als auch Washington gegen den Strich. Sie suchten, eine Neutralisierung Südostasiens mit allen Mitteln zu verhindern, denn das störte die Verwirklichung ihrer Aggressionspläne. Für Peking war dieser Plan unannehmbar, da dadurch der Weg seiner Expansion in südlicher Richtung gestoppt wurde. Deshalb tut die chinesische Führung, die verbal eine Neutralisierung „unterstützt“, alles, um diese zu hintertreiben. Man begann, die ASEAN-Länder mit einer drohenden Infiltration der Sowjetunion in dieser Region einzuschüchtern, diese Staaten Vietnam entgegenzustellen, das als Aggressor hingestellt wurde, der sie angeblich schlucken und in die Abhängigkeit zwingen wolle.

Die friedliebende Außenpolitik der SRV hat für eine gewisse Beruhigung innerhalb der ASEAN gesorgt. Die Mitglieder dieser Organisation verstehen, daß die Hauptgefahr für sie nicht von Vietnam, sondern von den Großmachtambitionen Pekings ausgeht. Als es den ASEAN-Ländern die Bildung einer „Einheitsfront“ vorschlug, wurde dieses Unterfangen entschieden zurückgewiesen. Die indonesische Zeitung „Suara Karya“ schrieb: „Der chinesische Vorschlag kann schwerlich als gute Absicht bewertet werden.“

Daraufhin griff man in Peking zur bewährten Erpressungstaktik, und die amerikanischen Freunde kamen dabei zu Hilfe. Erstes Opfer des chinesisch-amerikanischen Drucks und der Erpressung wurde Thailand, dem man mit strengen Strafen drohte — bis hin zur Auswechslung von Mitgliedern der Regierung Chamanand durch andere, gefügigere Politiker. Peking gelang es mit den 4,5 Millionen in Thailand ansässigen Auslandschinesen bei aktiver Unterstützung Washingtons, den Widerstand der Führung des Landes zu brechen, die anfangs eine zurückhaltende Position einnahm, und sie dazu zu zwingen, die Position der Pol-Pot-Anhänger und des mit ihnen liierten Sihanouks einzunehmen.

Chamanand erklärte kürzlich, er werde in diesem Konflikt nicht neutral bleiben, wenn Sihanouk nach Kampuchea zurückkehrt, um seine Trupps mit den nationalistischen Trupps (lies: Pol-Pot-Banden) längs der thailändischen Grenze zu vereinen. Auf welche Seite will

Trotz der Umtriebe der Weltreaktion normalisiert sich das Leben in Kampuchea. Die Fischer helfen den Tisch ihrer Landsleute zu decken.

Foto: TASS





Chamanand treten? Offenbar auf die der Reaktionäre aller Schattierungen, die in der „nationaldemokratischen patriotischen Einheitsfront Kampuchas“ unter Führung Sihanouks vereint werden sollen.

Ein weiterer Fürsprecher der ASEAN-Länder für den chinesischen Expansionismus in Asien ist Singapur. Die Hinwendung dieses Stadtstaates zu Peking erklärt sich insbesondere dadurch, daß sich die Maoisten geschickt die nationalistischen Gefühle der Bevölkerung von Singapur zunutze machen — 75% sind Chinesen, die traditionell in Verbindung mit Festlandchina stehen.

Doch nicht alle ASEAN-Länder sind bereit, in der antivietnamesischen und antikampucheanischen Kampagne mitzuwirken. So meinen einflußreiche Kreise Indonesiens, daß Peking ein gefährliches Spiel treibt, das schwerwiegende Folgen für Frieden und Sicherheit in Südostasien haben kann. Dort wird die vernünftige Meinung vertreten, daß eine weitere Anheizung der Spannungen in Indochina nicht im Interesse der asiatischen Völker liegt. Ähnliche Überlegungen gewinnen auch in Malaysia die Oberhand.

Der Beschluß, der auf der Beratung der ASEAN-Außenminister Mitte Dezember gefaßt wurde, verlangt unter anderem eine neutrale Haltung gegenüber dem indochinesischen Konflikt einzunehmen; eine Allianz mit der VR China zu vermeiden, den chinesischen Plan für eine „zweite Lektion“ zu verhindern und von der Niederlage der Pol-Pot-Trupps auszugehen...

Es ist schwer zu erwarten, daß China und die USA derartigen Beschlüssen zustimmen werden. Auch in Zukunft werden sie wohl alles tun, um die ASEAN-Länder in ihre Einflußsphäre zu ziehen und sie in eine Konfrontation mit den Ländern Indochinas zu verwickeln.

Peking und seine US-Beschützer entfesseln eine beispiellose Kampagne, um Vietnam, Kampuchea und Laos international zu isolieren und die Spannungen in Indochina zu schüren. Das muß die Weltöffentlichkeit beunruhigen. Alle Menschen guten Willens haben die Pflicht, den Umtrieben der Friedensfeinde gegenüber wachsam zu sein und jegliche Versuche, eine neue Konfliktsituation in dieser Region zu schaffen, eine entschiedene Abfuhr zu erteilen.

## LENINS ERBE AKTUELL

Timur TIMOFEJEV

Korrespondierendes Mitglied der  
AdW der UdSSR

Boris  
PONOMAREV

LENIN  
and  
the World  
Revolutionary  
Process

Progress Publishers

Echte Revolutionäre zeichnen sich immer durch den festen Glauben daran aus, daß die Ideale der sozialen Erneuerung und des Friedens triumphieren werden. Lenin schrieb, dank diesem Glauben könnten die Kommunisten „die größte Leidenschaftlichkeit in dem gewaltigen revolutionären Kampf mit möglichst kaltblütiger und nüchterner Einberechnung der Tobsuchtsanfälle der Bourgeoisie verbinden“, die um jeden Preis ihre Herrschaft aufrechterhalten will. Diese Verbindung einer wissenschaftlichen mit der revolutionären Einstellung ist das Hauptmerkmal der marxistisch-leninistischen Weltanschauung, die den Schlüssel zum Verständnis der kompliziertesten sozialen und politischen Prozesse unserer Zeit liefert. Daher das lebhafteste Interesse für Schriften, aus denen erhellt, wie aktuell die marxistisch-leninistischen Ideen sind, und in denen ihr Einfluß auf die moderne Welt allseitig untersucht wird. Zu diesen Schriften gehört der soeben erschienene Sammelband von Aufsätzen und Reden Boris Ponomarjow\*, der das Augenmerk weiter Kreise der Weltöffentlichkeit bestimmt auf sich lenken wird.

Im Januar 1980 ist Boris Ponomarjow, Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, Mitglied der AdW, 75 Jahre alt geworden. Einen großen Teil seines Lebens hat er einer verantwortlichen Parteiarbeit und wissenschaftlichen Tätigkeit gewidmet und sich rückhaltlos in den Dienst der Partei Lenins gestellt. Beim Lesen der in dem Band enthaltenen Publikationen und Reden Boris Ponomarjows erkennt der Leser, wie schöpferisch die KPdSU und ihre führenden Funk-

tionäre die wichtigsten Ereignisse und Probleme des internationalen Lebens, die Gesetzmäßigkeiten, Tendenzen und Perspektiven des gegenwärtigen revolutionären Prozesses in aller Welt analysieren.

Der Buchverfasser widerlegt stichhaltig die reformistischen Anschauungen derer, die seit Jahren behaupten, Lenins Analyse des Imperialismus sei veraltet und die bürgerliche Gesellschaft habe eine „Transformation“ durchgemacht, die angeblich zu „radikalen Wandlungen“ in ihrer Beschaffenheit führt. Boris Ponomarjow stellt fest, daß die unwiderruflichen Wandlungen von weltgeschichtlicher Bedeutung die Potenzen und die Rolle des Imperialismus in der Weltpolitik wesentlich eingeengt haben, schreibt aber zugleich: „Eine qualitative Veränderung an der Quintessenz der Außenpolitik der imperialistischen Staaten ist natürlich nicht eingetreten und konnte nicht eintreten, denn sie wird durch grundlegende soziale und wirtschaftliche sowie klassenmäßige und politische Eigenschaften des Kapitalismus bedingt.“ Der Buchverfasser untersucht die Prozesse, die unter den heutigen Verhältnissen die wirtschaftliche, soziale und politische Labilität der bürgerlichen Gesellschaft erhöhen.

Erstens hat die Anwendung neuester Methoden einer staatsmonopolistischen Regulierung die dem Kapitalismus innewohnenden Widersprüche weder behoben noch abgeschwächt. Die Wirtschaftskrise von Anfang der 70er Jahre, deren Heftigkeit mit der Krise von Anfang der 30er Jahre vergleichbar ist, hat dieses Mal die hochentwickelte staatsmonopolistische Wirtschaft betroffen, die sich in der Nachkriegszeit herausgebildet hat. Zweitens hat sich diese Krise, zum Unterschied von anderen Nachkriegskrisen, gleichzeitig auf alle Hauptzentren der ka-

\* В. Пonomарев. «В. И. Ленин и мировой революционный процесс». (На английском языке). М. Прогресс, 1980, 525 стр.



pitalistischen Weltwirtschaft ausgedehnt. Drittens hat diese Krise die Besonderheit, daß der Rückgang der Produktion und das Anschwellen der Arbeitslosigkeit in den meisten kapitalistischen Ländern mit einer Währungs-, Energie- und Rohstoffkrise sowie mit einer in Friedenszeiten nie dagewesenen Inflation und ferner mit einer ideologischen, politischen und moralischen Krise der bürgerlichen Gesellschaft verflochten ist.

Von der bekannten These Lenins ausgehend, daß der Imperialismus „politisch überhaupt Drang nach Gewalt und Reaktion“ ist, nimmt Boris Ponomarjow die reale Lage in der kapitalistischen Welt unter die Lupe und beachtet besonders, daß dort die reaktionären und aggressiven Tendenzen zunehmen. Der Imperialismus hat die Völker in ein beispielloses Wettrüsten hineingerissen und sie genötigt, kolossale Mengen von Massenvernichtungswaffen zu horten. Ponomarjow betont, daß der Antikommunismus in der sich vertiefenden allgemeinen Krise des Kapitalismus, beim Erstarken des Sozialismus, der Arbeiterbewegung und der gesamten Freiheitsbewegung den Kern der Klassenstrategie der imperialistischen Bourgeoisie darstellt. Diese richte sich, so heißt es in dem Buch, „gegen das sozialistische Weltsystem, gegen die Sowjetunion, gegen die internationale kommunistische Bewegung, gegen die Ideen und die Praxis des wissenschaftlichen Kommunismus. Zugleich bemäntelt die Reaktion mit dem Antikommunismus die Offensive gegen alle Kräfte des sozialen Fortschritts und der nationalen Freiheitsbewegung.“

Die entscheidende Rolle in Weltangelegenheiten spielen heutzutage die sozialistischen Länder, die Arbeiterbewegung, alle antiimperialistischen, um Befreiung ringenden Kräfte. Überzeugend wird in dem Buch das unaufhaltsame Streben der Volksmassen verschiedener Gebiete der Welt nach sozialen Wandlungen veranschaulicht.

Ein objektiver Faktor, der in unserer Epoche zur weiteren Zunahme des sozialen und politischen Einflusses der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen sowie dazu beiträgt, daß neue Verbündete zum Proletariat stoßen, ist die Vertiefung der grundlegenden Widersprüche des Imperialismus und die intensivere Proletarisierung verschiedener Schichten der kapitalistischen Gesellschaft.

Heutzutage bilden die im Lohnverhältnis Stehenden die überwiegende

Mehrheit der Werktätigen sämtlicher kapitalistischen Industrieländer. Zu Anfang unseres Jahrhunderts waren es 80 Millionen, 1950 in den nichtsozialistischen Ländern 300 Millionen, und jetzt sind es noch einige Millionen mehr. Durch die Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und dadurch, daß immer neue Wirtschaftsbereiche dem Monopolkapital unterworfen werden, wird die Zusammensetzung des Proletariats vielgestaltiger, weil neue Kolonnen zu seinem Stamm — den Industriearbeitern — stoßen. Entgegen den Behauptungen der Theoretiker einer „Entproletarisierung“ führt die wissenschaftlich-technische Revolution zu einem zahlenmäßigen und qualitativen Wachstum der Arbeiterklasse. Die Wirklichkeit hat die Behauptung widerlegt, daß sie infolge der wissenschaftlich-technischen Revolution zahlenmäßig abnehme. Sie wächst weiter. Tatsachen zeigen, daß die strukturellen Veränderungen im Kontingent der Werktätigen, darunter auch das Entstehen neuer Berufe in der modernen Produktion, die Positionen der Arbeiterklasse verstärken und sie selbst stärker werden lassen.

Im vorliegenden Buch werden die wichtigsten Entwicklungsgesetze jedes der drei Schwerpunkte des gegenwärtigen weltumspannenden revolutionären Prozesses analysiert. Das ist zunächst das von den Völkern der sozialistischen Länder Errungene, dieser Länder, die ihre fruchtbare Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ausdehnen und mit Erfolg eine neue Zivilisation hervorbringen. Das ist weiter der Kampf der Werktätigen in den kapitalistischen Industrieländern gegen die Politik der Monopole, für Frieden, Demokratie und wirklichen sozialen Fortschritt. Und das ist schließlich der unstrittige Aufschwung der nationalen Freiheitsbewegungen, der antiimperialistischen Massenaktionen der Völker in den Entwicklungsländern. Viele junge Staaten werden von den sozialistischen Ländern immer öfter unterstützt und machen sich deren Erfahrungen zunutze, wenn sie Versuche des Imperialismus abwehren, sie unter Druck zu setzen und anzugreifen, und wenn sie sich darum bemühen, ihrer Zurückgebliebenheit Herr zu werden und sich wirtschaftlich unabhängig zu machen.

Im Zusammenwirken aller fortschrittlichen, revolutionären Kräfte der Gegenwart liegen die Voraussetzungen dafür, daß der Kampf der

Werktätigen in aller Welt, der Kampf breiterer Volksmassen für Frieden und sozialen Fortschritt immer größere Resultate zeitigt.

Viel Raum in dem Buch Boris Ponomarjows nimmt die Aktivierung des Kampfes der Werktätigen, ihrer Organisationen und weitester Kreise der Öffentlichkeit für Frieden und gegen die Expansionspolitik der imperialistischen Kräfte ein. In diesem Zusammenhang stellt der Buchverfasser fest, daß die Erfolge in diesem Kampf einer der Faktoren waren und bleiben, die eine weitere Entfaltung sowohl der antimonopolistischen Bewegung in den Hochburgen des Imperialismus als auch des antiimperialistischen Kampfes in der Zone der nationalen Befreiung fördern.

Unter diesen Umständen wächst überall das Interesse der Massen für die Ideen von Marx und Lenin. Für die Millionen Unterdrückten und Ausgebeuteten, für alle Werktätigen sind diese Ideen, wie im Beschluß des ZK der KPdSU „Über den 110. Geburtstag von Wladimir Iljitsch Lenin“ hervorgehoben ist, zum „Symbol der sozialen Erneuerung der Welt, zum revolutionären Panier unserer Zeit“ geworden.

Daß das Erbe Lenins aktuell ist, daß die kardinalen Schlußfolgerungen Lenins — dieses überragenden revolutionären Denkers und Politikers, des Begründers der Kommunistischen Partei und des sozialistischen Sowjetstaates — richtig und vital sind, das hat die Weltgeschichte bewiesen: mit dem Sieg der Großen Oktoberrevolution, mit den Errungenschaften des real bestehenden Sozialismus, mit der Ausdehnung des revolutionären Kampfes der Werktätigen, der die Welt politisch und sozial verändert.

Das Buch Boris Ponomarjows ist auch deshalb besonders wertvoll, weil sich der Verfasser mit seinem weiten, enzyklopädischen Wissen besonders eingehend mit den wichtigsten und aktuellsten Entwicklungsproblemen des globalen revolutionären Prozesses befaßt und anhand stichhaltiger Argumente mit den alten und „neuen“ bürgerlichen und reformistischen „Kritikern“ der marxistisch-leninistischen Lehre polemisiert.

„Nur diese Lehre“, schreibt Boris Ponomarjow, „konnte die Zukunft richtig, wissenschaftlich voraussehen, nur sie bietet den Volksmassen die reale Aussicht darauf, daß sich die Gesellschaft zum Sozialismus und Kommunismus hin entwickeln wird.“



# „ÜBEREINSTIMMUNGEN“ UND „PARALLELEN“

Von unserem ständigen Berichterstatter  
Juri GUDKOW

Der Minister auf einem Panzerturm. Derselbe auf einem Befehlsstand, von wo aus er die Manöver von Panzerkolonnen auszumachen versucht. Derselbe beim 38. Jagdfliegerregiment in der Umgegend Pekings und auf der Schiffswerft in Wuhan. Hier mußte US-Verteidigungsminister Brown ein U-Boot 10 Minuten länger inspizieren, damit der zu spät gekommene TV-Mann die Szene verewigen konnte. In Schanghai verlief bei der Besichtigung eines Torpedobootverbandes alles genau nach Zeitplan.

Bekanntlich haben die amerikanischen Staatsmänner eine Schwäche für Publicity. Dieses Mal aber fiel auf, wie eifrig die chinesischen Gastgeber Brown dazu verhalten. Wird der Inhalt seiner Pekinger Gespräche streng geheimgehalten, so ist das rein Äußerliche seines Besuches mit einem Maximum von Einzelheiten beschrieben worden.

Die bekanntgegebenen Resultate des Besuches sind bescheiden. China bekommt eine Bodenstation zum Empfang von Informationen vom Satelliten Landsat D — er soll 1981 auf eine Umlaufbahn starten und Informationen über die Ernte, solche geologischer Natur für Schürfungen nach Bodenschätzen und andere wissenschaftliche Daten auf die Erde senden. Er kann aber auch zu militärischen Zwecken benutzt werden und ist deshalb unter die Ausrüstungen und Technologien eingestuft worden, die an der Grenze zwischen dem Zivil- und dem Militärbereich liegen. Eine Bodenstation für Landsat D in China wurde vor mehr als einem Jahr zur Sprache gebracht und stieß in den USA aus militärischen Gründen auf ernste Einwände. Jetzt ist die Sache entschieden, u. zw. zugunsten Pekings.

Dieses macht kein Hehl daraus, daß es moderne Waffen haben möchte. Eine Modernisierung der Streitkräfte gehört zu den „vier Modernisierungen“, die als Hauptaufga-

be gelten. Edward Luttwak, ein Militärexperte von der Universität Georgetown, erklärt die Jagd nach modernsten Waffen damit, daß China „noch weit davon entfernt ist, in der Weltpolitik als militärische Großmacht auftreten zu können“. Das sei der Grund, warum die zahllosen chinesischen Delegationen im Westen „andauernd in den Kasernen stecken“ (wie ein Beobachter es treffend gesagt hat), und auf den Testgeländen auch.



US-Verteidigungsminister Harold Brown und der US-Botschafter in der VR China, Leonard Woodcock, bei Verhandlungen in Peking.

Foto aus „International Herald Tribune“ (USA)

China hat Interesse am Ankauf neuester amerikanischer Waffen gezeigt, einschließlich des Düsenbombers F-15, des Transporters C-130 und militärischer Hubschrauber. England ist bereit, senkrecht startende und landende Harrier-Maschinen zu verkaufen. Mit Frankreich wird über den Ankauf von Kriegstechnik verhandelt. Aber bisher sind nur wenig Abschlüsse zustande gekommen, und nicht nur, weil der größte Waffenlieferant — die USA — seine erklärte Politik nicht aufgegeben hat, die darin besteht, an China keine Waffen zu verkaufen (während sie ihre NATO-Partner dazu ermutigen).

Die militärischen Abschlüsse sind auf finanzielle und technische Hindernisse gestoßen. Peking kann bei seinem schwachen Export seine Einkäufe im Ausland einfach nicht bezahlen, besonders, wenn es sich um

technologisch komplizierte Systeme handelt. Andererseits ist es beim jetzigen Stand der technischen Entwicklung und der Ausbildung von Fachkräften (die Folgen der „Kulturrevolution“ machen sich fühlbar) nicht fähig, die moderne Technologie zu verdauen oder zu absorbieren, wie es der „Christian Science Monitor“ nennt. Bei dem Abschluß über die Harrier-Maschinen erwies sich der Bau einer Fabrik für Rolls-Royce-Flugzeugmotoren in China als großes Hindernis, ist man sich ja in Washington und in den NATO-Hauptstädten über die gefährlichen Folgen einer Umrüstung Chinas klar. „Es wird bestimmt seine eigenen Interessen wahrnehmen“, warnt der „Christian Science Monitor“. „Eines schönen Tages, wenn China eine militärisch und wirtschaftlich starke Macht geworden ist, können seine Interessen mit denen des Westens kollidieren. Solche weitgezielten Erwägungen sollte man nicht aus dem Auge lassen.“ Peking wiederum fürchtet, von den Lieferanten abhängig zu werden.

Alle diese Ursachen haben zu einer gewissen Umorientierung geführt. China bemüht sich jetzt um den Ankauf einer „fundamentalen Technologie“: von Computern und Fernmeldesystemen, mit deren Hilfe es sich eine eigene moderne Militärbasis schaffen könnte. Wie Browns Besuch gezeigt hat, findet es damit bei Washington Verständnis. Die Entscheidung über Landsat D läßt die Bereitschaft erkennen, China ein System von „zweifacher Verwendbarkeit“ zu liefern.

Der Besuch Browns bei Truppen teilen und in Betrieben, von dem so viel hergemacht wird, soll den militärischen Aspekt dieser Zusammenarbeit hervorheben. Der US-Verteidigungsminister hat folgendes erklärt: „Als Beteiligung an der Modernisierung wollen wir ihnen Technologie zur Verfügung stellen, und es ist ihre Sache, sie aufs beste zu benutzen... Was sie wollen? Genug kaufen, um eine eigene Rüstungsproduktion aufziehen zu können.“

Natürlich ist es auch nicht ausgeschlossen, daß Washington von seiner jetzigen Politik hinsichtlich der Waffenlieferungen an China Abstand nimmt. Die jetzige Regierung hat, was das Ändern ihrer eigenen Versprechungen und Verpflichtungen betrifft, alle Rekorde gebrochen und sich jedesmal bereit gezeigt, unter dem Einfluß äußerer Umstände, politisch aktiver Gruppen oder vermeintlicher Augenblickschancen von ihrer Generallinie abzuweichen. Neulich meldete die „Washington Post“, offizielle Regierungsvertreter hielten „Waffenverkäufe“ (an China)



„in absehbarer Zeit nicht für ausgeschlossen“.

Man muß auch bedenken, in welcher allgemeinen Atmosphäre der Besuch stattgefunden hat. In Washington erblickte man in dem chinesischen Kartenspiel immer antisowjetische Trümpfe. Henry Kissinger, ein Urheber dieser Politik, schreibt in seinen Memoiren, man habe China gegen die UdSSR ausspielen wollen. Es ist bezeichnend, daß Washington sich Chinas „erinnerte“, als die Niederlage in Vietnam eine vollendete Tatsache war und man nach Möglichkeiten suchte, sich für einen der größten Reinfälle in der Geschichte der USA schadlos zu halten.

Die „zweite Entdeckung“ Chinas hat, wenn man damit die am 15. Dezember 1978 bekanntgegebene Aufnahme der diplomatischen Beziehungen meint, viele Akzente versetzt. Anderthalb Monate später besuchte Deng Xiaoping, der stellvertretende Premier des Staatsrates der VR China, die USA. Die US-Regierung erhob gegen seinen Antisowjetismus und seinen ostentativ kriegerischen Ton keinerlei Einwände.

„Was Deng will, ist klar: Er möchte bei dem Treffen einen vornehmlich antisowjetischen Ton angeben. Es fragt sich nur, warum Carter da mitgeht“, wunderte sich damals der Kommentator Ray Cline. Offenbar sprach er direkt zu Gegnern der stabilen Beziehungen zur UdSSR.

Bei seinem Besuch kam Brown immer wieder auf „zusätzliche amerikanisch-chinesische Bemühungen“ und auf „Parallelaktionen“ zu sprechen, ohne zu erläutern, was für welche er meinte. Nach der Presse zu urteilen, soll es sich ehestens um eine Fortsetzung der aggressiven Abenteuer handeln: um die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans durch Waffenlieferungen und durch die Ausbildung von Söldnern, die sich in Pakistan an der afghanischen Grenze befinden. Peking liefert schon viel Waffen an Pakistan. Früher versuchte man in Washington, das zu verhindern, jetzt spricht man hier von „Parallelaktionen“.

Auch in Peking glaubt man, eine Basis für vereinbarte Aktionen zu haben. Sie entsteht durch die Wandlungen in der Politik Washingtons. Um die Entspannung in Europa zu unterminieren, hat sich Peking seinerseits so nachdrücklich und beharrlich für eine Verstärkung der NATO eingesetzt, daß es bereits der 16. NATO-Staat genannt wird. Mit der Stationierung amerikanischer Flügel- und Pershing-2-Raketen in Europa will man auf diesem Kontinent das Kräftegleichgewicht stören und torpediert die Grundlage für Verhandlungen über eine weitere Begrenzung der Waffen, womit ein

Traum der Peking Militaristen in Erfüllung geht.

General a. D. Alexander Haig erinnerte sich kürzlich seines Gesprächs mit Zhou Enlai von 1971. Dieser habe — so schreibt Haig — sehr gebeten, „in Vietnam nicht zu verlieren und aus Südostasien nicht abzuziehen“. Was Vietnam betrifft, so hing das schließlich nicht von Washington ab. Dafür nimmt die „Präsenz“ in Asien unaufhörlich zu. Carter hat seinen eigenen Plan aufgegeben, die US-Truppen in Südkorea abzubauen. Die Pazifikflotte wird verstärkt, die Aufstellung einer neuen Flotte — für den Indik — wird geplant. Das Pentagon sucht krampfhaft nach neuen Stützpunkten für die See- und Luftstreitkräfte. Wie mitgeteilt wird, besteht ein Programm für eine Modernisierung der Streitkräfte Thailands mit Hilfe der USA. Noch weiterreichende Pläne werden aufs Tapet gebracht, etwa für die Bildung einer Militärachse Washington—Peking—Tokio.

Unter diesen Umständen kann die Konsolidierung der Zusammenarbeit der USA mit China auf einer Basis, die für den Weltfrieden bedrohlich ist, in der Tat ein gefährlicher

Schritt sein. Die Zeitschrift „U.S. News & World Report“ charakterisiert die Endziele, denen die Pekinger Spitzenschicht zustrebt, wie folgt: „Chinas Strategie im Hinblick auf die USA hat ein Mindest- und ein Höchstziel. Das Mindestziel: eine wesentliche Beisteuer der USA zur industriellen und militärischen Modernisierung Chinas sowie ihr Abzug von Taiwan. Das Höchstziel: Hilfe bei der Schaffung der Voraussetzungen für einen Atomkrieg zwischen der UdSSR und den USA.“

Die Zeitschrift zeichnet sich keineswegs durch Sympathie für die UdSSR aus, ganz im Gegenteil. Sie hat sich aber einen Rest ihres gesunden Menschenverstandes bewahrt, was sich besonders zeigt, wenn von den weltpolitischen Schlüsselproblemen die Rede ist. Man gewinnt den Eindruck, daß das von der Regierung in Washington nicht mehr gesagt werden kann, wo man mit den realen Erfordernissen der internationalen Lage unverkennbar auf dem Kriegsfuß steht — wovon unter anderem die zunehmenden „Übereinstimmungen“ mit dem Kurs der Peking Militaristen zeugen.

New York, am 14. Januar

## MAHNUNG AN HIROSHIMA UND NAGASAKI



In Moskau hat eine vom Sowjetischen Friedenskomitee und vom japanischen Verlagskomitee „Hiroshima—Nagasaki“ veranstaltete Ausstellung zu diesem Thema stattgefunden.

Jeder Japaner weiß, was Hibakusha — Opfer der Bombenangriffe — bedeutet, und er weiß es nicht aus der Geschichte. Noch jetzt leben in Japan 350 000 Menschen, die nach mehr als 30 Jahren unter den qualvollen Folgen der Atomstrahlung leiden. Japan, das wirtschaftlich zweitstärkste Land der kapitalistischen Welt, hat den Überlebenden nicht die nötige ärztliche Betreuung zuteil werden lassen.

Dort bemüht man sich, das Vergangene zu vergessen. Bürgerliche Presse, Funk und Fernsehen stellen sich lieber für die militaristische Propaganda zur Verfügung. Hin und wieder kommt ein hoher Beamter in Zivil oder Uniform darauf zu sprechen, daß Japan eigentlich eigene Kernwaffen zur „Eindämmung“, zur „Verteidigung“ und zum „Selbstschutz“ haben müsse. In knapp zehn Jahren sind die Aufwendungen für die militärische Propaganda auf das Doppelte angewachsen.

Unser Foto zeigt eine Stelle in Nagasaki einen Tag nach dem Bombenangriff.

L. MLETSCHIN



# Operation „Faust“ geht weiter

Lew MAKAREWITSCH

Italien wird wieder von Übersee her die Faust gezeigt. Nur so kann man die Äußerungen des US-Botschafters in Rom, Richard Gardner, die er in einem Interview mit der Wochenschrift „Gente“ machte, verstehen: „Die USA sind gegen eine Regierungsbeteiligung der Kommunisten in Italien“, warnte er.

Das ist nicht die erste Zurechtweisung der jetzigen amerikanischen Regierung an die Adresse Italiens. Seit der Erklärung des State Departments vom 12. Januar 1978, die viel Staub aufwirbelte, hat die Carter-Administration entgegen allen diplomatischen Gepflogenheiten wiederholt die Italiener belehren wollen, wie sie ihre innenpolitischen Probleme zu lösen haben. In seiner Rede in Baltimore im August 1979 erinnerte der Präsident nochmal daran, daß Washington daran interessiert ist, daß der Einfluß der Kommunisten in Italien verringert wird.

Daß gewisse Kreise in Übersee eine Vasallenherrschaft über Italien und die anderen westlichen Länder ausüben wollen, hatte Präsident Truman bereits mit verblüffender Offenheit formuliert: „Das beste und einzige, was die freie Welt tun kann, ist die Führungsrolle Washingtons anzuerkennen.“

In den letzten 35 Jahren sind die Großmachtallüren des „großen Bruders“ unverändert geblieben. Davon zeugt die Tätigkeit fast aller amerikanischen Botschafter, die sich auf der Apeninnenhalbinsel wie Statthalter aufführen. Angefangen bei James Dunn, der dazu aufrief, alle Mittel gegen die IKP einzusetzen, bis zu Richard Gardner, der zu wiederholten beliebt: „Ich werde nicht der US-Botschafter sein, der dafür verantwortlich ist, daß Italien an die Kommunisten ausgeliefert wurde.“

Von Ende der 40er bis Anfang der 60er Jahre bevorzugte man meistens dreiste, grobe Einnischungsmethoden. Im Mai 1947 gelang es Washington, die Kommunisten und Sozialisten aus der italienischen Regierung zu verdrängen. Während der Vorbereitungen zu den ersten Parlamentswahlen der Republik am 18. April 1948 wurde den Wählern mit einer amerikanischen Intervention für den Fall gedroht, daß die Kommunisten ins Kabinett aufgenommen würden.

1950—1951 führte die CIA die Operation „Faust“ in Italien durch. Tausende Ingenieure, Techniker und Arbeiter, die mit den Linken sympathisierten, wurden aus Rüstungsfabriken und -depots entlassen.

Zu weiteren Versuchen, die Grundfreiheiten zu beseitigen, kam es 1953, als die rechten Kräfte versuchten, mit Hilfe eines neuen Wahlgesetzes eine Diktatur zu errichten. General Ridgway, der die amerikanischen Besatzungstruppen in Italien befehligte, sicherte ihnen volle Unterstützung zu. Während der Wahlen im Juni des gleichen Jahres lagen in fast allen italienischen Häfen US-Kreuzer. Als diese militärische Erpressung nicht gelang, drosselte die US-Botschafterin in Rom, Clare Luce, die US-Investitionen für die italienischen Betriebe, in denen der Einfluß der progressiven Gewerkschaften besonders stark war.

Im März 1960 kam es erneut zu einer Kraftprobe. Der Christdemokrat Tambroni versuchte mit Hilfe der Neofaschisten und der CIA ein totalitäres Regime zu errichten. Aber auch diese „Meer und Sturm“-Operation mißlang.

In den folgenden zehn Jahren — von Mitte der 60er bis Mitte der 70er Jahre — wurden gegen Italien ausgiebig Druckmittel angewandt wie die Androhung eines Staatsstreichts mit einem — falls erforderlich — nachfolgenden Eingreifen der USA und der NATO. Washington stand im Grunde hinter allen Plänen für militärische oder faschistische Umstürze in Italien.

Davon, daß die USA und die NATO bereit waren, wenn nötig, auf das „am Kommunismus kranke Italien“ ein „Senfpflaster“ zu legen, zeugen einige strenggeheime Direktiven, die in jenen Jahren formuliert wurden. Der „Operationsplan“ des Generalstabs der US-Streitkräfte in Westeuropa unter der Nr. 100—1, der von General J. P. McConnell und Generalmajor B. Spivy im Oktober 1962 unterzeichnet wurde, sah unter „besonderen Umständen“ vor, daß amerikanische Truppen in Italien und in anderen westeuropäischen Ländern einmarschieren. Auf der Grundlage dieses Plans zwang Washington die italienische Regierung zu einer Übereinkunft, die dem US-Kommando das einseitige Recht zu repressiven

Aktionen gibt, falls es im Lande zu Unruhen kommt. Die „New York Times“ schrieb: „Entsprechend diesen Dokumenten waren vorher schwarze Listen von Personen aufgestellt worden, die die US-Milärpolizei verhaften sollte.“

Die Absicht, militärisch einzugreifen, wurde am 5. Juni 1969 klar, als die Linke-Zentrum-Regierung unter Mariano Rumor ihren Rücktritt bekanntgab. Am selben Tag wurden alle italienischen Stützpunkte der USA und der NATO in Gefechtsbereitschaft versetzt. Die Mailänder Wochenschrift „Panorama“ schrieb, daß zu Beginn der Wahlen 1976 ein Teil der amerikanischen Marineinfanterie in Verona stationiert war, um einzugreifen, falls die politischen Ereignisse in Italien sich nicht nach Washingtons Geschmack entwickeln.

In der Ära der Entspannung ist dreiste Gewaltanwendung schwieriger geworden. Deshalb ist Washington bemüht, mit „feineren“ Methoden Druck auszuüben. Die beliebteste ist antikommunistische Parteien und Kampagnen zu finanzieren. Das erste Mal wurde diese Methode bei den Parlamentswahlen 1948 angewandt. Wie die amerikanische Zeitung „Boston Herald“ schrieb, ließ die Regierung Truman vier Tage vor dieser Abstimmung den Christdemokraten eine große Summe zukommen, die aus dem Verkauf amerikanischer Waren in Italien und aus einem Sonderfonds zur Finanzierung von Wahlkampagnen stammte. Mindestens 20 Mio Dollar, präziserte die Zeitung, wurden dem Fonds entnommen, um den Kommunisten eine Niederlage beizubringen.

Jedoch nicht nur die Christdemokraten versuchte man zu kaufen. Zur gleichen Zeit erörterten Papst Pius XII. und Kardinal Giuseppe Bruno im Vatikan die Frage, ob der Hl. Stuhl die Sozialdemokratische Partei finanziell unterstützen sollte. Der Papst war nicht dafür, daß diese Geld erhielte, weil sie unmittelbar von den USA finanziert würde.

Auch die Ultrarechten wurden nicht vergessen. Auf Anweisung des Generals Marshall übergab die Kommission für Information und kulturelle Verbindungen des State Departments der USA den italienischen faschistischen Gruppen und Zeitungen 10 Mio Dollar.

Das Dollar-Doping zur Stimulierung der Rechtskräfte wurde auch später umfassend angewandt. Vor den Parlamentswahlen 1976 ließ der CIA-Chef in Italien H. Montgomery antikommunistischen Politikern aus verschiedenen Parteien 5 Md. Lire zukommen. In den Nachkriegsjahren verteilten die USA an ihre wichtigsten politischen Handlanger ungefähr 50 Md. Lire.





Pressemeldungen zufolge sind in Italien ca. 20 000 Agenten der westlichen Geheimdienste tätig; besonders aktiv sind die amerikanischen. Unser Bild: CIA-Chef in Italien von 1975—1979 war H. Montgomery.

Foto aus „Panorama“ (Italien)

Zu den „feineren“ Methoden zählte auch die Drohung mit wirtschaftlichen Sanktionen. 1976 drohte Präsident Ford Italien mit harten Maßnahmen, falls die IKP ins Kabinett zugelassen werde. Erörtert wurde u. a. die Einstellung der Kredite der Export-Import-Bank. Ein noch größerer Druck wurde auf die Italiener während der Regierungskrise 1978 ausgeübt. Diesmal über den Internationalen Währungsfonds (IWF), der die Wirtschaftspolitik Italiens im wesentlichen bestimmt und seine Außenverschuldung kontrolliert. Den Knüttel schwang Senator Brooke.

„Weil die Außenschulden Italiens 21 Md. Dollar ausmachen und die Prozente, die es bezahlen muß, 1300 Mio Dollar im Jahr betragen, kann es ohne die Hilfe des IWF nicht auskommen“, warnte Edward Brooke. Auf einem Treffen mit Vertretern der italienischen Regierung spielte er durchsichtig darauf an, daß der US-Senatsausschuß für Bankwesen, deren Mitglied der Senator damals war, Einfluß auf die Entscheidung des IWF über eine finanzielle Unterstützung Italiens nehmen kann. Darüber bemerkte die „Washington Post“: Die USA-Führung formuliert eine Reihe von Empfehlungen für die

Kontrollgruppe des IWF, die unmittelbar nach Bildung der neuen Regierung nach Rom kommen soll.“

Auch während der Parlamentswahlen 1979 ging es nicht ohne wirtschaftlichen Druck aus Übersee ab. Als Zuckerbrot figurierten zusätzliche amerikanische Aufträge entsprechend dem 1978 unterzeichneten Memorandum über eine Zusammenarbeit zwischen den USA und Italien auf dem Gebiet der Rüstungen. Es wurde auch eine Erweiterung des Exports italienischer Waffen, die nach amerikanischen Lizenzen hergestellt werden, erörtert. Botschafter Richard Gardner sprach mit Vertretern der New-Yorker Finanzkreise über die Wiederaufnahme von Privatinvestitionen in Italien. Wall Street gab deutlich zu verstehen, daß die Größe dieser Investitionen direkt vom Wahlergebnis abhängen werde.

Um die Wähler einzuschüchtern, bedient man sich einer „Strategie der Spannungen“, die von neofaschistischen und linksextremistischen Terrorgruppen verwirklicht wird. Wir haben schon berichtet, wie tief die US-Geheimdienste den Terroristen-Untergrund infiltriert haben (siehe NZ 45/78 und NZ 4/79). Zu den bereits aufgeführten Fakten kommen noch zwei hinzu, über die „Giorni-Vie nuove“ schrieb.

In den 70er Jahren beschäftigte sich im Auftrag der CIA ein gewisser Marcus Ruskin sehr intensiv mit Italien. Er gründete dort zwei Sonderabteilungen, im sogenannten „Institut für politische Studien“. Die eine warb Terroristen an. Die zweite befaßte sich ausschließlich mit den Operationen selbst. Es wurde auch noch eine dritte Abteilung, die „Todesabteilung“ geschaffen, in deren Auftrag Berufskiller nicht genehme Personen beseitigen.

Der Chef der ersten Abteilung ist Eddie Gravels. Er gilt als ein möglicher Gründer der „Roten Brigaden“. 1968—1969 lebte er viel in Trient, wo er sich sehr für die Studenten der dortigen Universität interessierte, besonders für die soziologische Fakultät, von der auch Renato Curcio und andere BR-Mitglieder kamen.

Über die Rolle von Marcus Ruskin in den Terroristenorganisationen berichtete General Yarborough, ein ehemaliger CIA-Agent. Aus den Eröffnungen des Generals kann man folgern: Wenn die US-Geheimdienste die Lage in irgendeinem Land destabilisieren und die öffentliche Meinung auf ein Regime „der starken Hand“ vorbereiten wollen, vergrößern sie dort die Zahl der Extremistengruppen, die sich rot oder schwarz tarnen.

Das letzte Kapitel über die Geschichte der Drohungen, Erpressun-

gen und Einmischungen der USA in Italien ist noch nicht geschrieben. Die Italienpolitik wird nach wie vor von den Anhängern eines harten Kurses im Geiste des kalten Krieges bestimmt. Zu ihnen gehören die militärpolitische Bürokratie, ein Teil des Big Business, das die militaristischen Maschinerien vieler Staaten bedient und daran interessiert ist, daß die internationale Lage gespannt ist. Dazu gehören weiter konservative „Atlantisten“ im Kongreß, Professoren und Journalisten, die auf Grund ihres Antikommunismus Karriere machten, sowie rechte Gewerkschaftsführer der AFL—CIO, verschiedene reaktionäre Vereinigungen und Organisationen.

Jede hat ihr eigenes Rezept für eine radikale Einmischung „zur Rettung Italiens vom Chaos und Kommunismus“. Ihre Ziele sind jedoch ein- und dieselben:

— Um jeden Preis die Kontrolle über Italien und damit auch über das Mittelmeer zu behalten, was eine Einmischung in die Ereignisse in Afrika, im Nahen Osten, im Raum am Persischen Golf und des Indischen Ozeans ermöglicht.

— Die enorme wirtschaftliche Macht im Mittelmeerraum, vor allem über das Erdöl, nicht aus den Händen zu lassen.

— Die Militärstützpunkte in Italien, Ausgangspunkte für Aggressionen gegen Drittländer und Hebel für Repressionen in Italien selbst, nicht zu verlieren.

— Die Unantastbarkeit der US-Milliardeninvestitionen in die italienische Wirtschaft zu gewährleisten.

— Die Regierungsbeteiligung der IKP nicht zuzulassen, was nach Ansicht jener Kreise, Rom auf einen neutralen außenpolitischen Kurs bringen und eine Kettenreaktion in anderen Ländern hervorrufen würde.

In nicht geringem Maße ist die US-Einmischung durch die Besorgnis wegen der Evolution, die sich jetzt bei der regierenden Christlich-Demokratischen Partei vollzieht, bedingt. Einige christdemokratische Spitzenpolitiker treten für eine Regierungsbeteiligung der IKP in dieser oder jener Form ein, damit Italien aus der Krise herausgeführt werden kann. Die scharfen Erklärungen Washingtons sollen für die Christdemokraten eine Warnung sein. Nicht von ungefähr hielt es Richard Gardner für angebracht, seine Warnung gerade in dem Moment zu wiederholen, als in Italien eine Diskussion über die Form und Zusammensetzung einer möglichen Regierung mit Beteiligung der Kommunisten von neuem entbrannte. Die Warnung des Botschafters wird als unverhüllte Drohung aufgefaßt.



# IN BREITERES FAHRWASSER

Wladislaw DROBKOW

An jenem Abend war der große Saal des Juristenverbands von Athen gedrängt voll. Die vielen Redner sprachen voller Überzeugung und engagiert.

Prof. G. Voudouris, Präsident des Panhellenischen Komitees für internationale Entspannung und Frieden, sagte: „Wir müssen den gefährlichen NATO-Plänen eine Abfuhr erteilen. Nein zu den neuen USA-Kernraketen!“

Der Journalist und Vertreter der Öffentlichkeit G. Tsapogas sekundierte ihm: „Der Kampf gegen die USA-Raketen hat schon internationale Ausmaße angenommen. Wir müssen unsere Bemühungen vereinigen. In Griechenland wenden sich alle Bevölkerungsschichten gegen eine neue Runde des Wettrüstens.“

Alle sind sich über die Hauptsache einig: Man darf sich nicht damit abfinden, daß sich die neuen USA-Raketen in Europa ausbreiten, daß sie in Griechenland stationiert werden. Man muß handeln, und zwar gemeinsam handeln.

Ende 1979 entstand ein griechisches Koordinationskomitee zum Kampf gegen die Unterbringung von Mittelstreckenraketen in Europa. Die Bewegung für die Zurückweisung der NATO-Pläne, gegen die neue Runde im Wettrüsten hat im Lande beispiellose Ausmaße angenommen. Unter den Appell für das Verbot der Unterbringung der neuen Raketen wurden 1,6 Millionen Unterschriften gesetzt.

Alle Parteien der demokratischen Opposition, die im Parlament über mehr als ein Drittel der Sitze verfügen, haben die Pläne der USA und der NATO-Falken scharf verurteilt. Die KP Griechenlands, die Panhellenische Sozialistische Bewegung, andere demokratische und fortschrittliche Parteien unterstützten die sowjetischen Initiativen und haben den Beschluß der UdSSR, einen Teil ihrer Truppen aus Mitteleuropa abzuziehen, begrüßt.

Die Probleme des Kampfes für Frieden und gegen die Kriegsgefahr sind jetzt für das Land besonders aktuell. Selbst bürgerliche Politiker und Vertreter der traditionsgemäß konservativen Kräfte sehen allmählich ein: Die nationalen Interessen erfordern nicht ein blindes Nachahmen der NATO-Politik, sondern eine aktive Teilnahme an der Entspannung und am Ausbau der gutnachbarlichen Zusammenarbeit mit allen Völkern.

Die mächtige Bewegung der Fortschrittskräfte, die einen Bruch mit dem aggressiven Block fordern, die Haltung der führenden Oppositionsparteien dagegen, daß die Interessen des Landes

denen von USA und NATO untergeordnet werden, und schließlich das selbst im bürgerlichen Milieu erstarkende Bestreben, Griechenland nicht als Juniorpartner der NATO-Mächte, sondern als einen außenpolitisch unabhängigen Staat zu sehen, das alles bildet den heutigen Kampf für die Zukunft des Landes.

Wenn wir hier vom Kampf sprechen, so ist das keine Übertreibung. In den letzten Monaten und Wochen v. J. aktivierte sich die selbständige Außenpolitik Griechenlands, zugleich verstärkte sich aber auch der Druck äußerer und innerer Kräfte auf Athen, die die positiven Veränderungen stoppen und die Griechen der NATO zurückgewinnen möchten. Die günstigen Ergebnisse der Besuche von Ministerpräsident Karamanlis in der UdSSR, in Ungarn und der CSSR im Herbst 1979 alarmierten gewisse Kräfte im Westen.

In der NATO hielt man es für nötig, die Unzufriedenheit öffentlich zum Ausdruck zu bringen. USA-Admiral Shear, Oberbefehlshaber der vereinigten NATO-Streitkräfte in Südeuropa, griff das schon im September unterzeichnete Protokoll zwischen der griechischen Werft „Neorion Shipyards Syros“ und der sowjetischen Außenhandelsvereinigung „Sudoimport“ an. Natürlich ging es dem Admiral nicht um den — eigentlich üblichen — Geschäftsabschluß. In der NATO äußert man die Unzufriedenheit mit Athen mehr oder auch weniger offen, auf jeden Fall werden eifrige Bemühungen unternommen, Griechenland erneut in die Militärorganisation des Blocks einzubeziehen, aus der es 1974 austrat.

Im November traf sich General Davos, der Generalstabschef und Oberbefehlshaber der Streitkräfte, mit General Rogers, dem Oberbefehlshaber der vereinigten NATO-Streitkräfte in Europa. Die Verhandlungen waren kurz. Den Griechen wurden die alten, harten Bedingungen gestellt, wie sie noch Haig formuliert hatte: Um den „Vorzug“ zu genießen, in die Militärorganisation des Blocks zurückzukehren, müsse Griechenland einige seiner Rechte im Ägäischen Meer und im Luftraum darüber aufgeben. General Rogers wollte wohl diesen Raum „brüderlich“ zwischen zwei miteinander im Streit liegenden NATO-Partnern — Athen und Ankara — aufteilen und den Riß in der Südostflanke des Blocks auf Kosten der Griechen verkitten.

Die griechische Regierung trug den Stimmungen der Massen Rechnung und wollte dem Druck nicht nachgeben, weshalb sie Rogers' Forderungen zu-

rückwies. Davos kehrte nach Athen zurück, die Verhandlungen mit der NATO und die damit zusammenhängenden Verhandlungen über die Zukunft der USA-Stützpunkte in Griechenland gerieten erneut in eine Sackgasse. Aber die Atlantisten haben ihre Pläne nicht aufgegeben. Mehr noch: Die Amerikaner sondierten, wie Griechenland zur Stationierung der neuen USA-Waffen in Europa stehen würde.

Wenn sich Athen bereit finde, den USA-Vorschlag „gründlich“ zu studieren, werde die Lösung der Fragen im Zusammenhang mit der Rückkehr Griechenlands in die NATO-Militärorganisation unter bestimmten Bedingungen „erheblich, ja vielleicht entscheidend erleichtert werden“.

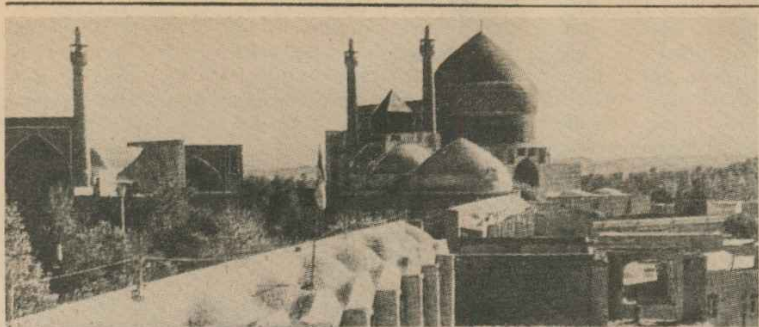
Diese Alternative zu den positiven außenpolitischen Schritten Griechenlands wird jetzt von seinen NATO-Partnern vorgeschlagen. Der Generalsekretär des ZK der KP Griechenlands, Charilaos Florakis, betonte mir gegenüber die außerordentliche Wichtigkeit der Worte Leonid Breschnew, daß die UdSSR nicht beabsichtigt, Raketenkernwaffen gegen jene westlichen Länder einzusetzen, die solche Waffen auf ihrem Boden nicht haben. Nach Ansicht der demokratischen Kräfte ist auf diesem Wege — durch Befreiung von der gefährlichen Last, von den noch vorhandenen Fesseln, die Griechenland an die militaristische Maschinerie der NATO binden — eine Garantie für die Sicherheit, den Frieden und Fortschritt des Landes zu suchen.

Doch ist dieser Weg mit großen Schwierigkeiten verbunden. Die Zähligkeit des kalten Krieges und das Blockdenken der einflußreichen konservativen Schichten wirken sich aus. Wie wäre sonst zu erklären, daß die griechische Regierung auf der NATO-Ratstagung in Brüssel jedoch den Plan für die Stationierung der USA-Raketen in Europa unterstützt hat? Wie läßt sich das mit der Deklaration von der Notwendigkeit vereinbaren, Vertrauen und Freundschaft mit den Staaten zu festigen, gegen die sich dieses Wettrüsten unmittelbar richtet?

Erst vor kurzem schien Griechenland vom Entspannungsprozeß abseits zu stehen. Politisch und wirtschaftlich war es ausschließlich auf den Westen orientiert, und die Außenpolitik stand deutlich im Zeichen des kalten Krieges. In den letzten Jahren begann das Eis dieses Krieges zu schmelzen. Das Land verläßt allmählich das Fahrwasser der NATO-Politik und legt in internationalen Angelegenheiten eine größere Aktivität an den Tag. Seine Autorität in diesen Angelegenheiten wächst, Athen entwickelt die für alle Beteiligten nützlichen Verbindungen zu den sozialistischen Staaten. All diese Veränderungen werden im Lande weitgehend unterstützt.

Athen





## DAMALS IN TEHERAN

Michail TSCHERNOUSSOW

Im Frühjahr 1951 spitzte sich die Situation um Iran zu. Großbritannien dachte nicht daran, seine Positionen kampflos zu räumen. Immer neue Kriegsschiffe der britischen Flotte liefen im Persischen Golf ein und gingen im Fluß Shatt al Arab in der Nähe der iranischen Häfen Abadan und Khurramshahr vor Anker. Britische Truppen wurden nach Irak, in die Nähe der Grenze zu Iran, entsandt. Südiranische Stämme wurden von Engländern bewaffnet und aufgewiegelt, Agenten Londons verstärkten Umtriebe unter Khans und Scheichs, Gerüchte über eine mögliche Okkupation Südirans wurden in Umlauf gebracht.

Am 19. Mai 1951 erklärte das britische Außenministerium, Iran sei nicht berechtigt, das Abkommen mit der Anglo-Iranian Oil Co. zu kündigen. London war der Meinung, daß das Abkommen bis 1993 in Kraft zu bleiben habe, und schlug Verhandlungen über die Bedingungen einer neuen Konzession vor. Mittlerweile wurden Truppen auf iranischem Boden gelandet. Außenminister Morrison sagte, seine Regierung habe das Recht, sie zum Schutz der britischen Untertanen vorzuschicken, falls die iranische Regierung nicht „Gesetz und Ordnung“ sichere.

Auf britische Lieferungen an Iran wurde Embargo gelegt, Finanzdruck ausgeübt, die ganze Tankerflotte aus Abadan zurückgezogen. Die britischen Transportfirmen durften keine Abkommen über die Erdölbeförderung aus Iran mehr schließen. Die britische Regierung beschwerte sich über Iran beim Internationalen Gerichtshof im Haag und verlangte, daß das Gesetz über die Erd-

ölnationalisierung für ungültig erklärt werde.

Die Presse peitschte die Leidenschaften auf. Die „Business Week“ (USA) schrieb, Westeuropa könne es sich nicht leisten, die AIOC zu verlieren: Das würde der europäischen Wirtschaft schaden und das Militärpotential des Westens stark reduzieren.

Handelt die Washingtoner Administration fast 30 Jahre später nicht nach einem ähnlichen Szenarium?

Kann man denn etwas, was einem nicht gehört, verlieren? Nach der Logik der westlichen Politiker ist es möglich. Anthony Eden schrieb später in seinen Memoiren über das Jahr 1951: Großbritannien sei aus Iran verstoßen worden und habe Abadan verloren; überall im Mittleren Osten sei sein Einfluß stark erschüttert worden. Churchill war außer sich und lastete alles der Labourregierung an, die damals an der Macht war. Hätte Großbritannien eine starke konservative Regierung gehabt, hätte die iranische Krise nie eine solche Form angenommen, erklärte er.

Die Krise in den britisch-iranischen Beziehungen lieferte den Tories einen Vorwand, den Kampf zwischen den Parteien vor den Parlamentswahlen zu entfachen. Fast 30 Jahre später wird die Krise in den amerikanisch-iranischen Beziehungen erneut im Wahlkampf ausgespielt, diesmal also in den USA.

Damals aber sagte Dr. Mossadegh in einem Interview:

„Der AIOC sind die Arme abgehakt worden, das Gesetz ist nicht rückgängig zu machen. Sollten sich die Engländer dagegen stemmen, werden wir das Gesetz mit aller Kraft verteidigen. Wir wissen sehr wohl, daß das iranische Volk es vorzieht, die Ölgewinnung ganz einzu-

stellen, als wieder der AIOC untergeordnet zu sein. Die iranische Regierung hat das Kampffeld niemandem abgetreten. Was wir in erster Linie brauchen, sind Fachleute und Schiffe für den Öltransport. Darüber wollen wir mit den Engländern verhandeln. Sie können mit uns zusammenarbeiten, wenn sie diesen Wunsch haben. Aber das Erdöl gehört Iran, und wir wollen die frühere Macht der AIOC unter keinen Umständen dulden.“

Auf die Frage nach einer möglichen USA-Einmischung antwortete Mossadegh: Bis dahin habe sie die iranischen Interessen nicht beeinträchtigt, sollte dies aber der Fall sein, würde das Land auch gegen die USA kämpfen.

### Eine Constellation fliegt nach Iran

Am 15. Juli 1951 tauchte die Constellation-Maschine des USA-Präsidenten Truman über der iranischen Hauptstadt auf. An Bord war der bekannte Diplomat und mit dem Erdölgeschäft liierte Großindustrielle Averell Harriman, der als Sonderbeauftragter des Präsidenten kam.

Auf dem Flughafen fanden sich Mitglieder der Regierung Mossadegh und ein Minister des Hofes ein; dieser sollte den Gast in einer der reichsten Villen des Schahs unterbringen. Das Flugzeug setzte auf, die Luke öffnete sich, und vier weißbehandschuhte Flieger salutierten einem präsentablen hochgewachsenen Herrn von 60 Jahren, der einen dunkelgestreiften Anzug mit einer strengen getupften Krawatte trug. Leichten Schrittes stieg er die Treppe hinunter und begrüßte die Anwesenden mit einem höchst lebenswürdigen Lächeln. Harriman war nicht nur der persönliche Beauftragte des Präsidenten, er bekleidete in der Regierung auch noch einen Posten, der die wenig durchschaubare Bezeichnung „Direktor des Amtes für gegenseitige Sicherheit“ hatte. Dieses Amt war für die Programme der USA-„Hilfe“ zuständig. Ein wenig Vorgeschichte, um zu veranschaulichen, wessen Sicherheit Harriman gewährleisten und wem er helfen wollte.

Die USA-Monopole hatten es schon seit langem auf das iranische Erdöl abgesehen. Bereits 1920 bemühten sie sich um Konzessionen. Während des zweiten Weltkriegs intensivierten sie ihre Anstrengungen. Doch die britischen Gesellschaften leisteten Widerstand. Die Zeit der USA kam nach dem Krieg, aus dem der britische Löwe geschwächt hervorging. Die Größe und Macht des British Empire waren im Niedergang, seine dahinsiechenden Monopole hatten

Fortsetzung. Anfang siehe NZ, Heft 2/1980.



immer weniger Kraft, um es mit den reicheren, stärkeren und dreisteren Konkurrenten aufzunehmen.

Am 20. Januar 1949, gleich nach seinem abermaligen Amtsantritt, hielt Präsident Truman im Kongreß eine programmatische Rede. Punkt 4 seines Programms betraf die „Hilfe“ für die rückständigen Regionen der Welt. Es handelte sich um eine verstärkte Kolonialexpansion: um höhere Investitionen, die Eroberung neuer Absatzmärkte, Rohstoffquellen und militärisch-strategischer Aufmarschgebiete, um die Verdrängung der britischen und sonstigen Konkurrenten aus den Ländern Asiens, Afrikas und

die wichtigsten Wirtschaftszweige unter USA-Kontrolle zu bringen. Die Einfuhr amerikanischer Waren nach Iran stieg rapide. Das führte zu einer Krise in der Industrie und zur Zunahme der Arbeitslosigkeit. Die USA-Mission für die Ausarbeitung des Siebenjahrplans kostete die iranische Regierung 6 Mio Dollar im Jahr (ihr Gehalt bezogen die Hunderte Berater von Iran).

Im Mai 1950 wurde in Washington ein weiteres Militärabkommen mit Iran, „Über gegenseitige Hilfe zu Verteidigungszwecken“, unterzeichnet. Das Land wurde von USA-Waffen überschwemmt, Militärberater aus dem Pentagon kontrollierten fast jeden Verband der iranischen Armee, die Gendarmerie und die Polizei. Unter USA-Überwachung wurden Flughäfen, strategische Straßen gebaut und die Häfen am Persischen Golf modernisiert. Das Pentagon betrachtete Iran als den Schlüssel zum ganzen Mittleren Osten.

Besonderes Augenmerk der USA-Offiziere galt den Gebieten an der Grenze zur UdSSR. Die USA wollten Iran zu einem gegen die Sowjetunion gerichteten militärischen Aufmarschgebiet ausbauen.

Wie der bekannte USA-Beobachter Drew Pearson schrieb, war im Staatsdepartement kaum ein verantwort-

licher Beamter zu finden, der nicht so oder anders mit den Erdölkonzernen liiert gewesen wäre. Man urteilte selbst.

Außenminister Dean Acheson war Teilhaber einer Anwaltsfirma, die für die Standard Oil arbeitete.

Sein erster Stellvertreter David Bruce hatte Familienverbindungen zu den Inhabern der Gulf Oil: Seine Mutter stammte aus der Familie von Großindustriellen und Finanzmagnaten, die erste Frau war eine Tochter des Milliardärs Andrew Mellon. Bruce selbst war in der von Averell Harriman gegründeten Bank W. A. Harriman & Co. tätig.

Paul Nitze (heute einer der notorischsten „Falken“) leitete die Abteilung Politische Planung im Staatsdepartement. Seine Frau war eine Enkelin des Erdölkönigs Pratt. Nitze war lange Jahre Vizepräsident der New-Yorker Firma Dillon, Read & Co. und eine Zeitlang Finanzdirektor des Amts für interamerikanische Angelegenheiten, dem Nelson Rockefeller vorstand.

Übrigens war dieser, früher Direktor der Creole Petroleum Corp. (Niederlassung der Standard Oil in Venezuela), 1951 Vorsitzender des Konsultativrates für internationale Entwicklung beim Präsidenten Truman. Der Rat gab dem Weißen Haus Empfehlungen gerade über den Punkt 4 des Truman-Programms.

Aber kehren wir auf den Flughafen von Teheran zurück. Das höfliche Lächeln auf dem Gesicht des USA-Besuchs und der Politiker, die ihn dort begrüßten, war bald erstarbt. Die Hauptstadt empfing den Abgesandten Trumans mit einer 100 000köpfigen Protestdemonstration, die vom Nationalverband zum Kampf gegen die imperialistischen Erdölgesellschaften in Iran organisiert wurde. Die Transparente trugen die Aufschriften: „Wir können nicht länger zusehen, wie andere die Reichtümer plündern, die unser Boden 50 Millionen Jahre sammelte!“, „Wir wollen auf dem Ozean von Gold unter uns nicht Hungers sterben!“ Die Demonstranten forderten die Erfüllung des Gesetzes über die Erdölnationalisierung, den Abzug der fremden Kriegsschiffe und Truppen sowie die Freiheit für Parteien und Gewerkschaften.

Gegen die Demonstration wurden auf Befehl des Polizeichefs, der dem Innenminister General Sahedi unterstand, Polizisten und Truppen eingesetzt. Es gab Hunderte Tote und Verwundete. Über Teheran wurde der Ausnahmezustand verhängt, Dutzende Zeitungen durften nicht mehr erscheinen, Massenverhaftungen wurden vorgenommen. Die Entrüstung des Volkes über das Vorgehen von Polizei und Armee zwang der Regierung die Erklärung ab, die am Blutbad Schuldigen zur Verantwortung ziehen zu wollen.

Diesen Ereignissen ging ein Briefwechsel zwischen Mossadegh und Truman voraus. Nach Rücksprache mit britischen Politikern riet der USA-Präsident Mossadegh nachdrücklich, den Konflikt mit London beizulegen. Im gleichen Geiste sprach sich Harriman in Teheran aus. Formal agierte er als Vermittler in den Verhandlungen zwischen der iranischen Regierung und einer in Teheran eingetroffenen britischen Delegation, faktisch war er die Hauptfigur. Bei den Verhandlungen war die Rede im Grunde von einer nur scheinbaren Übergabe der AIOC-Betriebe an Iran. Die Prospektierung, Gewinnung, Raffinierung und der Absatz von Erdöl sollten dabei Organisationen aufgetragen werden, in denen USA-Monopole — die Standard Oil oder die ARAMCO — das Heft in der Hand hätten. Zugleich versprachen die USA Iran neue An-



Demonstration in Teheran zur Unterstützung der Regierung Mossadegh

Lateinamerikas, um die Niederhaltung der nationalen Befreiungsbewegung.

Im Oktober 1950 wurde besagter Punkt 4 auch auf Iran ausgedehnt. Ein Abkommen zwischen beiden Ländern sah vor, daß die USA Iran technische Hilfe in der Landwirtschaft, ferner Hilfe im Gesundheits- und Bildungswesen erweisen würden. Doch bildete das Abkommen nur einen Vorwand: Das Tor zu Iran wurde einen Spalt breit geöffnet, und das USA-Kapital strömte dorthin. Die USA speulierten mit ihrem Versprechen, Teheran Riesenanleihen zu gewähren, und zwangen ihm einen Vertrag nach dem anderen auf. Das mit dem Ölkonzern Standard Oil (New Jersey) liierte Konsortium Overseas Consultants Inc. entsandte Wirtschaftsberater nach Teheran, wo sie bei der Aufstellung des ersten Siebenjahrplans für die wirtschaftliche Entwicklung helfen sollten. Den Beratern wurde die kleine Finger gegeben, und schon waren sie gewillt, die ganze Hand zu nehmen und



leihen und waren gern bereit, die britischen Berater durch eigene zu ersetzen.

Die Regierung Mossadegh lehnte die Forderungen der britisch-amerikanischen Seite ab. Die Verhandlungen scheiterten.

## Boykott und Blockade

So leiteten denn Großbritannien und die USA einen Boykott des iranischen Erdöls und eine Blockade ein, um Iran die Luft abzuschneiden. Unter Androhung von Repressalien verlangten die USA von der iranischen Regierung über den Botschafter in Teheran, vom beabsichtigten Verkauf von Erdöl an die UdSSR, die Tschechoslowakei, an Polen und Ungarn Abstand zu nehmen. Indessen mißlangen alle Versuche Mossadeghs, zum kapitalistischen Erdölweltmarkt Zutritt zu erhalten. Die größten britischen und amerikanischen Ölkonzerne — die „sieben Schwestern“, die fast alle Absatzmärkte in der kapitalistischen Welt und einen Großteil der Tankerflotte kontrollierten, schnitten Iran alle Wege ab. Japan und Italien, die unbedeutende Parteien iranischen Erdöls gekauft hatten, mußten unter dem Druck des internationalen Erdölkartells und der hinter ihm stehenden Regierungen der USA und Großbritanniens nachgeben.

Mit Unterstützung der USA brachte Großbritannien die Frage des Konfliktes mit Iran vor den UNO-Sicherheitsrat, wo es die Entscheidung über die Gründung einer „internationalen“, d. h. britisch-amerikanischen Gesellschaft zur Gewinnung des iranischen Erdöls durchdrücken wollte. Ministerpräsident Mossadegh lehnte diesen Vorschlag ab; er sagte:

„Die Erdölreichtümer Irans gehören, ebenso wie sein Grund und Boden, seine Flüsse und Berge, dem iranischen Volk, und nur das Volk darf darüber entscheiden, was aus ihnen wird. Das Volk wird es niemals dulden, daß seine Rechte und seine Tätigkeit in dieser Frage von unbefugten Personen oder Ämtern erörtert oder beurteilt werden.“

Der sowjetische Vertreter im Sicherheitsrat unterstützte Iran.

Dieses näherte sich inzwischen unaufhaltsam einem wirtschaftlichen Chaos. Seine Wirtschaft mit ihrer halbkolonialen Struktur konnte die Probleme, die von der Blockade noch verschlimmert wurden, nicht bewältigen. In dieser Situation konsolidierten sich der Hof des Schahs, die regierungsfeindlichen und proimperialistischen Kräfte. Im Jahre 1952 forderte Mossadegh außerordentliche Vollmachten für die Dauer eines hal-

ben Jahres und den Posten des Kriegsministers. Er stieß auf heftigen Widerstand des Hofes, der reaktionären Abgeordneten und Senatoren. Am 16. Juli 1952 ging Mossadegh.

Der neue Regierungschef, Qavam es-Saltaneh, beschuldigte Mossadegh, die britisch-iranischen Beziehungen verschlechtert zu haben, und drohte allen Repressalien an, die gegen die prowestliche Politik aufzutreten wagten. Als Antwort darauf kam es im ganzen Land zu Protestaktionen gegen die Regierung. Am 21. Juli wuchs der Generalstreik in der Hauptstadt in einen Aufstand hinüber. Truppen wurden gegen die Streikenden eingesetzt, aber die Soldaten schossen nicht. Am selben Tag demissionierte es-Saltaneh. Der Schah sah sich genötigt, Mossadegh erneut mit der Regierungsbildung zu beauftragen, und bot ihm auch den Posten des Kriegsministers an.

Um die Interessen des Landes gegen die Wühlerien der britischen Diplomaten in Iran zu schützen, brach die Regierung im Oktober die Beziehungen zu Großbritannien ab, wo inzwischen die Tories mit Churchill an die Stelle der Labours getreten waren.

Die USA hielten London noch immer von einem militärischen Konflikt zurück, weil sie eine allgemeine Explosion im Nahen und Mittleren Osten befürchteten, die dort alle USA-Positionen zerstören könnte.

Alles in allem betrieben Washington und London eine gemeinsame Iranpolitik und bildeten eine einheitliche Front gegen dieses Land. Trotzdem dachten beide vor allem an ihre eigenen Interessen und lauerten nur auf den passenden Moment, um die eigenen Ziele durchzusetzen. Die Amerikaner nahmen Mossadegh hin, solange er die britischen Positionen in Iran schwächte. Als aber die Verhandlungen mit ihm gescheitert waren und das Vorgehen seiner Regierung die USA-Interessen bedrohte, fand man in Washington, nun sei es an der Zeit, eine eigene Figur auf das politische Schachbrett zu setzen.

## Die Familie des „Schah-in-schahs“

Im Dezember 1979 schrieb die USA-Zeitschrift „Time“ über den ehemaligen „Schah-in-schah“ Mohammed Reza Pahlavi: Sieben Präsidenten hätten ihn „gepriesen, angefangen mit Harry Truman, der des Schahs ‚Mut und Weitsicht‘ lobte, bis Jimmy Carter, der zu ihm 1977 sagte: ‚Iran ist eine Insel der Stabilität in einer besonders unruhigen Region der Welt. Das ist ein großes Verdienst Ihrer Majestät und Ihrer guten Verwaltung. Ihr Volk bringt Ihnen Achtung, Bewunderung und Liebe entgegen.“

Was das iranische Volk dem ehemaligen „König der Könige“ heute entgegenbringt, dürfte bekannt sein. Aber versetzen wir uns wieder in die Zeit vor 30 Jahren zurück.

Die italienische Journalistin Maria Macciocchi schrieb 1951 nach einem

### HE'S SICK, HOMELESS AND UNLOVED.

ABANDONED BY HIS FRIENDS. AFRAID TO SHOW HIS FACE. LET HIM KNOW THERE IS SOMEONE WHO CARES... SOMEONE WHO WANTS TO HELP. HE DOESN'T NEED MUCH. A CHAUFFEUR, A COOK, A GARDENER, THE BARE NECESSITIES. PLEASE HELP.

**ADOPT A SHAH**

### ADOPT A SHAH

YES I'D LIKE TO ADOPT A SHAH ☐

I PREFER TO HAVE A CONTRIBUTION THROWN IN ☐

WILL ☐ YACHT ☐

NAME

ADDRESS

PHONE BANK ACCOUNT NUMBER

FOR MORE INFORMATION WRITE TO:

M. KISSINGER  
CHASE MANHATTAN BANK  
N.Y. N.Y. 10022



## WOHLTÄTER AUS KAIRO

Heute sieht das so aus: „Adoptieren Sie einen Schah“, fordert ein hässlicher „Spendenaufwurf“ in Heft 1/80 der US-Zeitschrift „Newsweek“ auf. „Er ist krank, heimatlos, niemand liebt ihn. Verstoßen von seinen Freunden. Meidet die Öffentlichkeit. Lassen Sie ihn wissen, daß jemand um ihn besorgt ist... jemand, der helfen will. Er braucht nicht viel. Einen Fahrer, einen Koch und einen Gärtner. Nur das Allernötigste. Bitte helfen Sie.“

Der weiland Schah hat noch Freunde, die ihm ebenso ergeben wie Kissinger oder die Rockefeller sind. Vorläufig befindet er sich in Panama, aber seine Schwester Ashraf habe, lesen wir in der Wochenschrift „Al-Watan Al-Arabi“ in Assuan einen Palast besichtigt, der eiligst für ihren Bruder erbaut sei. Kostenpunkt: 22 Mio Dollar, davon 5 Mio für die elektronischen Überwachungsvorrichtungen aus den USA und der BRD. Am Nil in der Nähe wird die Familiengruft des einstigen Schah-in-schahs angelegt werden.

**W. SCHELEPIN**  
Eigenbericht

Kairo



Iranbesuch: „Während meines ganzen Aufenthalts in Iran habe ich kein einziges Mal jemanden etwas Positives über den jetzigen Schah sagen hören. Seine Fotos hängen überall: in Bars, Cafés, Restaurants und Kinos. Neben ihm ist ständig seine schöne Gattin abgebildet. Sie hat ein unzufriedenes, trauriges Gesicht und lächelt niemals. Nach meiner Rückkehr nach Italien fragten mich viele, wie groß das politische Gewicht des Schahs sei. Meiner Ansicht nach ist die Rolle des Schahs als Staatsoberhaupt im politischen Leben des Landes sehr unbedeutend. Er macht den Eindruck eines durchschnittlichen jungen Mannes, der den umfassenden Problemen, denen sich Iran jetzt gegenüber sieht, nicht gewachsen ist... Sein Vater, ein ehemaliger Unteroffizier, der 1925 die Macht usurpierte, stammte aus einer Bauernfamilie und striegelte in seiner Jugend die Pferde in einer kleinen Garnison, wo er seinen Dienst verrichtete. Er war ein grausamer, unmenschlicher Diktator und ein Freund Hitlers. Nach dem Einmarsch der Alliierten in Iran 1941 mußte er das Land verlassen und nach Johannesburg übersiedeln, wo er bald darauf starb. Nunmehr liegt das Schicksal der Dynastie in den Händen dieses schönen, brünetten, etwas weichlich aussehenden Jungen, des flügelhahnen Sprößlings einer Dynastie, die nur ein Vierteljahrhundert alt, aber schon drauf und dran ist, endgültig zu verlöschen. Es ist ein recht klägliches Los für eine königliche Dynastie, schon nach dem zweiten Monarchen unterzugehen.“

Einige Erläuterungen und Ergänzungen zu diesem Zitat.

Der ehemalige Schah wurde am 26. Oktober 1919 geboren, als es seine Dynastie noch nicht gab. Sein Vater diente sich zum Obersten empor und lernte das Lesen und Schreiben erst im reiferen Alter. Im Jahre 1925 beteiligte er sich am Sturz der Kajar-Dynastie und bestieg den mit Edelsteinen übersäten Thron, wodurch er die Pahlavi-Dynastie begründete. Der Sage nach war der Thron vom Himmel gefallen, laut genaueren Angaben jedoch von einem deutschen Goldschmied angefertigt.

Der künftige Schah Mohammed Reza Pahlavi heiratete 1939 Prinzessin Fawzia, eine Schwester des Königs Farouk von Ägypten. Der Vater hatte die Braut gewählt und der Bräutigam sie bis zur Hochzeit nicht einmal gesehen. Im Jahre 1948 ließ er sich scheiden und heiratete Soraya Esfandiari, deren Fotos die italienische Journalistin geschildert hat.

Korrespondenten schrieben aus Teheran Anfang der 50er Jahre, der Schah, der in seinem Palast von

einer doppelten Soldatenkette umgeben war, stehe vollkommen unter dem Einfluß seiner energischen und herrschsüchtigen Mutter und seiner Zwillingsschwester Ashraf, wegen ihres braunen Teints „Dunkle Prinzessin“ genannt. Ashraf und eine andere Schwester des Schahs, Shams, reisten in der Welt herum und setzten diese ob ihrer Extravaganz in Staunen. Nach dem Tode ihres Vaters verließen sie ihre Männer.

Von Ashraf heißt es, daß sie von einer Reise nach Ägypten mit irgendeinem obskuren Araber zurückkehrte, der auf ihr Betreiben bald darauf Chef der Zivilluftfahrt und dann ihr Gatte wurde. Aus Langeweile gründete sie eine Erziehungsanstalt für Kinder und erdachte sich andere wohlthätige Beschäftigungen, damit nicht nur so eitle Dinge wie Pariser Kleider oder Schmuck sie berühmt machten. Erzählt wurde, daß die Leibgarde der Prinzessin die Weisung erhielt, von den Teheraner Straßen „den Blick Beleidigendes — wie z. B. bettelnde Frauen — zu entfernen.“

Nach der Festnahme einer Bettlerin ließ die Prinzessin ihr nicht etwa eine kleine finanzielle Unterstützung zukommen, sondern befahl, ihr die Beine blutig zu peitschen, bis die Haut in Fetzen herabhing. Die Beine der Frau wurden um die Knöchel mit einem Strick zusammengebunden, der mit einem Stock festgedreht wurde. Häufig mußten die Kinder des Opfers dabei sein, die Ashraf dann in ihr „Heim“ aufnahm.

Ashraf war in jenen Jahren die mächtigste Vertreterin der Dynastie, sie stand an der Spitze einer Gruppe einflußreicher Politiker. Außerdem hatte sie das Finanzministerium in ihren Händen.

Wiederholt hatte die Prinzessin im Marmorsaal heftige Auseinandersetzungen mit ihrem Bruder, weil er „gegenüber Mossadegh so lasch war“. Mossadegh selbst, der sich für eine Einschränkung der Rechte des Monarchen einsetzte, sagte dem Schah einmal: „Ihre Majestät, je weniger Rechte Sie haben, um so größere Chancen werden Sie haben, die Macht zu behalten.“ Der Schah schlug diese Warnung in den Wind.

Ein weiteres Zitat aus der Reportage der italienischen Journalistin: „Zweifelloos war der Schah die farbloseste Figur unter allen Politikern, die ich in Teheran sah. Fast niemand beachtete ihn.“

So ging es bis zu einem gewissen Zeitpunkt. Als man in Washington beschloß, die Regierung Mossadegh zu stürzen, hatte man dabei vor allem den Schah im Auge.

(Schluß folgt.)

## „Im Objektiv: UNSER PLANET“



### INTERNATIONALER FOTOWETTBEWERB DER „NEUEN ZEIT“ BILANZ 1979

Eine weitere Runde des internationalen Fotowettbewerbs der „Neuen Zeit“ ist beendet. Die Jury verlieh

den ERSTEN PREIS

an **Anton Muns**  
(Spanien),

die ZWEITEN PREIS

an **Rob Wilson**  
(Australien),  
**J. Klaviņš**  
(UdSSR),

die DRITTEN PREIS

an **Osman Bekir Kunt**  
(Türkei),  
**L. R. Grover**  
(Indien),  
**N. Ubasjew**  
(UdSSR).

Die Redaktion gratuliert den Preisträgern, dankt allen Wettbewerbsteilnehmern und bittet Leser und Freunde der Zeitschrift, sich am neuen Wettbewerb, der am 1. Januar 1980 begonnen hat, zu beteiligen.

Hier noch einmal die Wettbewerbsbedingungen: Die Aufnahmen sollen den Kampf der Völker um Frieden und Demokratie, um Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt, gegen imperialistische Aggression und Neokolonialismus, Rassismus und Apartheid sowie internationale Ereignisse, Arbeit und Kultur der Völker verschiedener Länder widerspiegeln.

Zum Wettbewerb werden Genre-aufnahmen und Porträts sowie Fotoreportagen angenommen. Die besten Arbeiten werden in unserer Zeitschrift veröffentlicht.

Die Fotos sollen Schwarzweißaufnahmen mit einem Minimalformat von 13X18 cm sein. Es ist erwünscht, ein Negativ beizufügen. Die Einsendungen sollen einen kurzen erläuternden Text haben und den vollen Namen und die Adresse des Autors enthalten. Die zum Wettbewerb eingesandten Aufnahmen werden nicht zurückgeschickt und nicht rezensiert.

Wir bitten, die Arbeiten unter dem Kennwort „Fotowettbewerb“ an folgende Adresse zu senden: UdSSR, 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl., Redaktion „Neue Zeit“.



Ich bin für die Abrüstung und im Prinzip gegen den NATO-Beschluß, die Rüstungen in Europa durch neue USA-Raketen zu vergrößern. Aber die NATO meint, daß es gilt, die Parität in der Militärmacht der beiden Blöcke wiederherzustellen. Dagegen behaupten Sie, daß dieses Gleichgewicht besteht, und beschuldigen die NATO des Strebens nach Überlegenheit. Ich möchte gern Ihre Argumente hören.

Klaus PETSCHKE  
Dortmund, BRD



Es diskutiert  
das Mitglied des NZ-  
Redaktions-  
kollegiums  
Wladlen  
KUSNEZOW

Erstens möchte ich, Herr Petschke, zwei Umstände erwähnen. Ad eins: Die sowjetischen Mittelstreckenraketen kamen als Antwort auf die Gefahr auf, die die amerikanischen Kernraketenkräfte der „Vorneverteidigung“ sowie die Kernkräfte Großbritanniens und Frankreichs als NATO-Bündnispartner der USA an der Grenze zur Sowjetunion heraufbeschworen. Ad zwei: Die Entwicklung neuer USA-Kernraketen, die in den nächsten 3–4 Jahren in den westeuropäischen Aufmarschgebieten der NATO aufgebaut werden sollen, war vorgesehen, noch bevor etwas über die sowjetischen Mittelstreckenraketen (in der NATO SS-20 genannt) mitgeteilt wurde, und ist also keineswegs eine Antwort auf das Vorgehen der UdSSR.

Andere Tatsachen aus der Nachkriegszeit bringen uns zu der Einsicht, daß nicht die USA und die NATO es waren, die als Antwort auf die einen oder anderen sowjetischen Waffen Gegenwaffen entwickeln und die UdSSR einholen mußten. Im Gegenteil, die Sowjetunion war genötigt, das Gleichgewicht herzustellen. So war es mit den Atom-U-Booten, MIRV-Raketen usw.

Gegenwärtig geben die meisten realdenkenden Politiker und Militärs ein annäherndes Gleichgewicht in der militärischen Stärke von Ost und West sowohl im globalen Maßstab als auch in einer so wichtigen Region der Erde wie Europa zu. Um dies aber zu erreichen, war die UdSSR gezwungen, das Übergewicht der USA bei den interkontinentalen strategischen Waffen einzuebren. Als hier das Gleichgewicht erreicht wurde, war Moskau durchaus befriedigt. Offenbar haben Sie, Herr Petschke, es bemerkt, daß Moskau nicht über ein „Zurückbleiben“ oder die „Schwäche“

klagt. Solche Klagen hört man meistens von Kräften, die nach Aufrüstung gieren; sie tun gern, als wären sie völlig wehrlos. Gerade das war das Manöver der Leute, die der NATO den Beschluß über die zusätzliche Kernraketerüstungen aufzwingen — angeblich um die sowjetische Überlegenheit bei Mittelstreckenraketen zu beseitigen.

Von dieser „Überlegenheit“ redet man so kategorisch, als wäre sie ein Axiom.

Die UdSSR hat in der von gewissenlosen Propagandaleuten absichtlich verwickelten Frage des Kräfteverhältnisses im Bereich der Mittelstreckenraketen volle Klarheit geschaffen. Alle hörten es aus berufenstem Munde: In den letzten 10 Jahren wurde die Zahl der nuklearen Mittelstreckenraketen im europäischen Teil der UdSSR um keine einzige Rakete, kein einziges Flugzeug erhöht. Im Gegenteil, die Zahl der Raketenstartanlagen und der Mittelstreckenbomber ging etwas zurück. Die UdSSR versicherte, daß sie auch auf diesem Gebiet nicht eine Überlegenheit anstrebt und bereit ist, von sich aus die Anzahl ihrer Raketen zu vermindern, wenn die NATO auf die „Nachrüstung“ verzichtet.

Die NATO-Führung hat diese Erläuterungen und Vorschläge nicht beachtet. Warum? Weil sie etwas ganz anderes braucht, nämlich Beweise für die Kernraketenüberlegenheit Moskaus in Europa. Wo liegen aber diese Beweise? Ich kann Ihnen versichern, Herr Petschke, daß ich sie bisher nicht ent-

deckt habe, obwohl ich die Diskussion im Westen über die eurostrategischen Waffen verfolgt. Dafür habe ich viele Beweise für die annähernde Parität. Vielleicht haben Sie eine Studie des Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, das von General a. D. Graf von Baudissin geleitet wird, gelesen. Darin wird folgender Schluß gezogen: „Die Ergebnisse unseres Kräftevergleichs zeigen, daß sich im ‚Euro-Nuklearebereich‘ keinesfalls die Annahme einer militärischen Unterlegenheit der NATO ableiten läßt.“ Zu dieser Meinung kamen die Forscher des angesehenen Londoner Instituts für Strategische Studien. Hier eine weitere unparteiliche Äußerung: „Wir können feststellen: Gegenwärtig besteht ein annäherndes Kräftegleichgewicht in bezug auf die regionalen Kernwaffen in Europa.“ Diese Worte stammen vom schwedischen Außenminister Ullsten. Selbst solche „interessierten“ Persönlichkeiten wie NATO-Generalsekretär Luns und USA-Außenminister Vance gaben vor kurzem eine annähernde Kräfteparität zwischen beiden Gruppierungen in Europa zu.

Ich könnte noch viele ähnliche Zitate anführen, aber diese dürften genügen. Wenn sich jemand heute Gedanken über die Wiederherstellung des Gleichgewichts machen sollte, so sind es die UdSSR und ihre Verbündeten. Sie werden es tun müssen, wenn in Europa neue Kernraketenysteme der USA aufgebaut werden.

## AUSSENHANDEL

Heft 1/1980

Die Zeitschrift leitet ihre erste Ausgabe im Jahre 1980 mit dem Beitrag des Generaldirektors der V/O Mezhdunarodnaya Kniga J. Leonow „Vertrauen, Verständigung, Fortschritt“ ein.

Sie veröffentlicht des weiteren den Artikel des Leiters der ingenieurtechnischen Hauptverwaltung W. Malkewitsch „Industriekooperation — neue Formen der ökonomischen Zusammenarbeit der UdSSR mit den kapitalistischen Industrieländern“ und den Beitrag des Handelsvertreters der UdSSR in Japan, V. Spandarjan „Neue wichtige Etappe in den sowjetisch-japanischen Wirtschaftsbeziehungen“.

In der Rubrik „Das Wort haben die Außenhandelsunternehmen“ erscheint der Artikel von Generaldirektor J. Tschumakow „Für das Wohl des Menschen. Zum

50. Jahrestag der V/O Raznoexport“.

Die Rubrik „Ausstellungen und Messen“ enthält den Artikel von G. Semtschenkow „Die Sowjetunion auf der Internationalen Messe in Wellington“.

„RGW-Länder im Welthandel mit Technologien“ heißt der Artikel von I. Sawjolowa. Über einige bürgerliche Auffassungen von der sozialistischen ökonomischen Integration berichtet J. Kashinskaja „UdSSR—Finnland. Neuer praktischer Schritt zur Entwicklung der Beziehungen in Handel und Wirtschaft“ ist der Titel des Artikels von J. Guskow; J. Drosowski informiert über die XIII. Vollversammlung der Französisch-Sowjetischen Handelskammer.

In der Rubrik „Kritik und Bibliographie“ findet der Leser die Rezension W. Mogutins über das Buch L. Chudjakowas „USA-Banken auf den Weltmärkten“.

Die Zeitschrift veröffentlicht ferner den Artikel von P. Smirnow „Die Firmen der Außenhandelsvereinigungen. Ihre rechtliche Stellung“.



## Geschäft mit der Angst



Viele einflußreiche Politiker in Administration und Kongreß der USA erhielten zu Weihnachten Glückwunschkarten, die Santa Claus mit einem Sack Geschenke in der einen Hand und ... einem Revolver in der anderen zeigen. Man kann dabei denken, was man will: Entweder ist Santa Claus selbst ein Bandit geworden oder aber er hat sich eine Waffe zugelegt, um sich bei einem Überfall verteidigen zu können. So oder anders gehe es eben einfach nicht ohne Revolver. Das ganze ist ein Wink mit dem Zaunpfahl. Setzt euch für einen freien Waffenhandel ein. Die Karten hatte ein Komitee der Waffenlobby verschickt.

## Unfall-Lobby

Frankreichs Autofahrer mucken auf. Sie protestieren gegen eine kürzlich eingeführte Bestimmung, der zufolge in der Stadt mit Einbruch der Dunkelheit und bei trübem Wetter nicht das Standlicht, sondern die Scheinwerfer einzuschalten sind. Bei regem Verkehr blendet das Scheinwerferlicht die Fahrer der entgegenkommenden Wagen, was zu Unfällen führt. Die Autofahrer haben eine „Verteidigungsorganisation“ gebildet, die behauptet, die neue Vorschrift sei Firmen zu „verdanken“, die Auto-Akkumulatoren herstellen: Bei eingeschalteten Scheinwerfern nutzen sich die Akkus schneller ab. Bei steigender Nachfrage klettern auch die Profite.

## Was heißt hier „Autonomie“?

Ende Dezember erörterte das israelische Parlament eine Gesetzesvorlage, die die De-facto-Annexion des besetzten Westjordanlandes festschreibt. Ministerpräsident Begin war klar, daß die Annahme einer solchen Vorlage zu einer Zeit, da die ägyptisch-israelischen Verhandlungen über eine „Autonomie“ für die Palästinenser im Gange sind, die Pläne der Besatzer bloßstellt. Er wandte sich gegen das geplante Gesetz, „solange die Verhandlungen andauern“. Die Vorlage wurde abgelehnt. Wenige Stunden später aber, bei der Eröffnung einer Thora-Schule in dem jüdischen Viertel Kiriath-arba der arabischen Stadt Hebron, legte Begin unzweideutig seine Haltung zu einer „Palästinenser-Autonomie“ dar. Zur Beruhigung der Extremisten erklärte er: „Wir haben Erez Israel (das biblische Israel, was das Westjordanland einschließt), und es wird unser bleiben.“

## Shell gegen Shelley



Die Fahrerin eines Tankwagens auf dem Flughafen von Ottawa Shelley McCart wurde gefeuert — nicht etwa, weil sie schlecht, sondern weil sie zu gut gearbeitet hatte. Shelley war mit ihrem Esso-Tankwagen immer schneller bei den Flugzeugen als die Fahrer der Tankwagen der Shell, was natürlich die Bosse der letzteren unheimlich wurmte. Außerdem — so Shelley selbst — würden es die Piloten lieber sehen, wenn ihre Maschine von

einem attraktiven Girl, nicht aber von einer finstern dreinblickenden langen Latte aufgetankt würde. Schließlich endete der Konkurrenzkampf zwischen den beiden Firmen mit einem Sieg der Shell. Shelley hatte dabei das Nachsehen.

## Jedem seinen Stern



In Toronto gibt es eine Firma, die für 25 Dollar verspricht, einem beliebigen Stern den Namen des Sponsors zu geben. Die Besitzer erklärten, das erfolge ganz offiziell, über die Bibliothek des US-Kongresses. Doch die Bibliothek ließ erklären, die Firma wolle so nur ihre zweifelhaften Aktivitäten tarnen. Der kanadische Beamte Donald Forbes fügte hinzu, die Menschen müssen schon „sehr dumm sein, um Geld in ein solches Unternehmen zu stecken“. Nichtsdestoweniger haben sich bereits 300 Personen in die Liste der „stellaren Namengeber“ eintragen lassen.

## Alles Pseudo...

Um zumindest von einem anderen Staat anerkannt

zu werden, schlagen die Marionetten eines südafrikanischen Pseudostaates, des Bantustans Transkei, die guten Dienste von Gaunern nicht aus. So zahlten sie 20 000 Rand an einen gewissen Richard Blom, der eine ... „Regierungsdelegation“ Ekuadors für die Farce der „Unabhängigkeitsfeier“ der Transkei organisierte. Nachdem die Regierung des südamerikanischen Landes davon Wind bekommen hatte, erklärte sie, sie habe mit dieser „Delegation“ absolut nichts zu tun. Die „Delegation“ und mit ihr Blom machten sich in aller Eile aus dem Staub.

## Ehemänner aushalten!

Der BRD-Bundesgerichtshof fällte ein Grundsatzurteil, dem zufolge eine arbeitende Frau auch noch nach der Scheidung ihren Ex-Gatten unterstützen muß, wenn dieser studiert. Eine Sekretärin hatte einen Studenten geheiratet. Doch wenig später wurde jener geisteskrank und konnte viele Jahre nicht studieren. Sechs Jahre darauf ließ sich seine Frau scheiden. Aber jetzt behauptet der Ex-Student, er sei wieder gesund und wolle seine Diplomarbeit schreiben. Er verklagte seine einstige Frau auf Unterhalt — und kam damit durch.

Zeichnungen:  
V. Trintschenko

## UNSERE RUSSISCH-SEITE

### Schlüssel zu Lektion 5

#### Übung 2:

Лидеры арабских стран  
совещание в верхах  
самостоятельное государство  
беспочвенность надежд  
отрицательные последствия

#### Übung 4:

Антиамериканские настроения  
отрицательные последствия  
расшатывание (ослабление) общеарабской  
позиции  
предыдущие конференции  
время работает на империализм  
рост антиамериканских настроений



# Von Tür zu Tür— EXPRESS PER SCHIFF UND BAHN!

Europa — Japan, Hongkong und die Philippinen

Stellen Sie Ihre Container auf die TSCS-Strecke  
und vergleichen Sie!

BILLIG

**TSCS**

SCHNELL

SICHER



Von Yokohama  
nach England  
nur 16 Tage!

**TSCS**

Jede andere Route ist ein langer Weg über  
Ozeane und Kontinente.

Alle Häfen Nordwesteuropas und des  
Mittelmeers sind durch Containerlinien der  
Ostsee-, der Asowschen und der Lettischen  
Reederei mit dem TRANSSIBIRISCHEN  
CONTAINERSERVICE verbunden.

Am anderen Ende besorgt die  
Fernost-Reederei den Containerservice mit  
neun Häfen Japans sowie mit Hongkong und  
den Philippinen.

**Tägliche Abfahrt aus Japan!**

Die vier Reedereien des Klubs der Seespediteure des TSCS bürgen für  
ausgezeichneten Service:

**OSTSEEREEDEREI**  
UdSSR, Leningrad 198035  
Meshewoi Kanal 5

Telegrammanschrift: **Morflot,**  
Leningrad

Telex: 501, 502, 503  
**ASOWSCHE REEDEREI**  
UdSSR, Shdanow 341010  
Pr. Admirala Lunina 89

Telegrammanschrift: **Morflot,**  
Shdanow

Telex: 254

**FERNOST-REEDEREI**  
UdSSR, Wladiwostok 690019  
Ul. 25. Oktjabrja 15

Telegrammanschrift: **Morflot,**  
Wladiwostok

Telex: 213135  
**LETTISCHE REEDEREI**  
UdSSR, Riga  
Boulevard Padomiu 2

Telegrammanschrift: **Morflot,**  
Riga

Telex: 1119, 1170

Hauptkoordinator des TSCS — **V/O Sojuswneshtans**



Daß Indien bewundernswerte Kulturtraditionen und prächtige Architektur- und Kunstdenkmäler hat, ist wohl bekannt. Man denke z. B. an das vielbesungene Tadsch Mahal oder die einmaligen Tempelhallen von Adschanta. Doch heute ist das indische Volk, das am 26. Januar den 30. Jahrestag seiner Republik begeht, mit Recht auf seine Gegenwart stolz. In diesen Jahren hat das Land einen großen Schritt zur wirtschaftlichen Selbständigkeit getan und (mit sowjetischem Beistand) die künstlichen Erdsatelliten „Aryabhata“ und „Bhaskara“ gestartet. Das reihte Indien unter die wenigen Staaten der Welt ein, die den Kosmos erforschen.



Junges Indien

Im Zentrum von Delhi



Uralte Tempel in Südindien



Ein sowjetischer Meister hilft einem indischen Arbeiter bei der Beherrschung neuer Technik im Betrieb für Bergbauausrüstungen in Durgapur, der mit sowjetischem Beistand gebaut wurde.

Die Republik hat noch viele komplizierte Probleme, besonders im sozialen und wirtschaftlichen Bereich. Die Bemühungen Indiens um ihre Lösung, seine friedliebende Außenpolitik und aktive Teilnahme an der Nichtpaktgebundenenbewegung finden stets bei der UdSSR Unterstützung. Die sowjetisch-indischen Beziehungen zeugen vom beiderseitigen Streben nach ihrem Ausbau und nach der Vertiefung der Zusammenarbeit beider Länder.



Während der Physikstunde in einer Schule von Delhi

Fotos: V. Dubil, I. Sotin und S. Iljin (TASS)



Bei der Viehfutterbeschaffung in einem Vorort von Bombay

Straßenverkehrsordnung groß geschrieben

Bombays Neubauviertel

